

b unabhängige Bauernstimme



Dezember 2016
Nummer 405 – K 12858 / 3,45 €



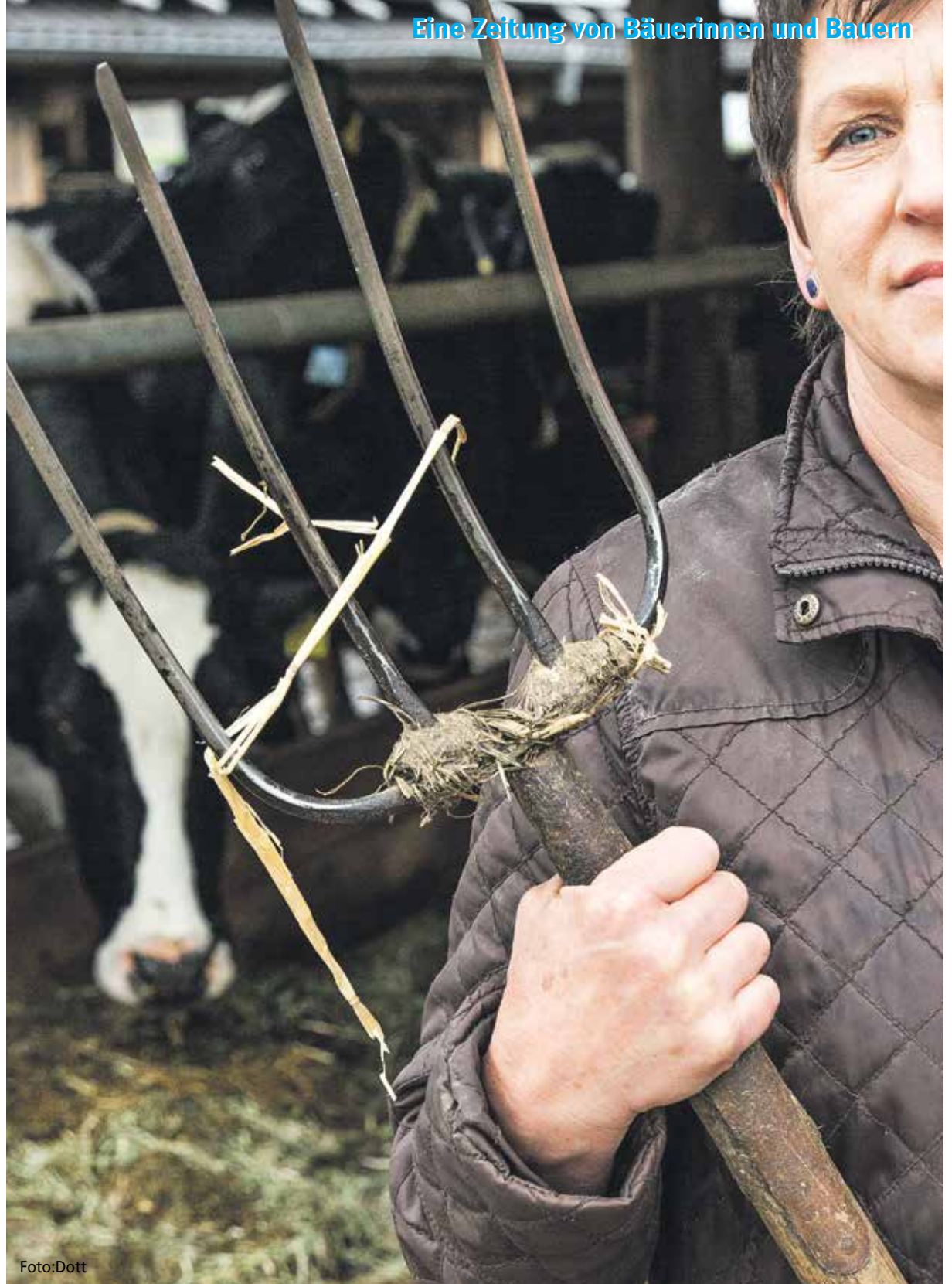
Ceta ist noch lange nicht vom Tisch, auch wenn es von den Staatschefs unterschrieben wurde. Die Wallonie zeigte wie Demokratie geht, andere Parlamente werden folgen.



Agarreform, Agrarsozialwahlen, Opt out – Agrarpolitik bietet derzeit viel Projektionsfläche. Einbringen, mitgestalten, Missstände aufzeigen ist die Devise.



Nur wenn Bauern und Bäuerinnen selbst mit anpacken, können sie Märkte so gestalten, dass sie nicht zum Spielball anderer Akteure werden. Verantwortung übernehmen ist angesagt.



Eine Zeitung von Bäuerinnen und Bauern

Foto:Dott

Verantwortlich Handeln



Die Seite 3

„Noch ist Baysanto zu verhindern“ 3



Agrarpolitik

Bäuerlichkeit über EU-Agrarpolitik sichern 4
 „Murks und Flickwerk“ 5
 Bauern in Bewegung lassen CETA wackeln 6



Bewegung

Bäuerlich in Ostdeutschland 7
 „Wer wollen wir sein?“ 7
 Hofübergabe - Vom Loslassen und Annehmen 16



Schwerpunkt

Milchpreise steigen, doch das System bleibt 11
 Bürgerentscheid für Milchbauern 12
 Zehn Jahre European Milkboard 12
 Regelung des Bodenmarktes hinkt Entwicklungen hinterher .. 13
 „Ausbrechen aus der Rolle des Rohstofflieferanten“ 14



Zu Besuch bei Elisabeth Fresen und Ottmar Ilchmann, Seite 9; Jubiläum, Seite 10; Nachbau, Seite 15; Weihnachten, Seite 17; Leserbrief, Seite 18-19; Lesen, Seite 20-21 Veranstaltungen, Seite 22; Kontakte/Impressum, Seite 23



Jetzt handeln

Ein knappes Gut zu haben, ist immer gut. Es sorgt für Wertschätzung gegenüber dem Produkt und dem Produzenten, garantiert einen ausreichenden Preis und ist damit die Grundlage für ein auskömmliches Dasein. Leider machen Bauern und Bäuerinnen diese Erfahrung immer seltener. Allzu oft werden sie zu Rohstofflieferanten eines Massenprodukts. Handel und Verarbeiter hingegen lieben es, aus dem Überfluss zu schöpfen und somit Preise zu diktieren. Aktuelles Beispiel sind die Molkereien. In der, trotz erster Preiserhöhungen, noch andauernden Krise waren sie zu keinem Zeitpunkt bereit, ihre Marktstellung im Interesse der Lieferanten zu nutzen, um der Überschussituation mit einer geregelten Mengenregulierung zu begegnen. Die Bauern und Bäuerinnen mussten die Politik zwingen, mengensteuernde Maßnahmen zu ermöglichen. Denn auch die meisten Politiker, allen voran Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt (CSU), schieben den freien Markt vor, statt selbst tätig zu werden. Dieser werde schon alles regeln. Dass der Markt die Menge über Existenzvernichtung regelt, haben wir nun erlebt. Er funktioniert, urteilen allerdings Fachleute, schließlich kamen die ihrer Meinung nach überflüssigen politischen Maßnahmen erst, als die Milchmenge von alleine sank.

Bauern sind selten Händler, trotzdem müssen sie handeln. Nur wenn sie das Heft des Handelns – eine ihrer Bedeutung angemessenen Rolle und damit Marktmacht – wieder in die Hand bekommen, können sie als Marktpartner auf Augenhöhe wahrgenommen werden und verhandeln. Die Politik muss die Rahmenbedingungen hierfür schaffen: Bei der Milch, indem sie vorbeugend, also jetzt, nicht erst wenn die nächste Krise da ist, Instrumente installiert, die den Bauern und Bäuerinnen eine eigenständige, aber flächendeckende Mengensteuerung erlauben. In der Tierhaltung, indem sie nicht nur Studien, schöne Worte und vage Anforderungen formuliert, sondern konkret Ställe fördert, die gesellschaftlich gewollt sind und denen sie durch vernünftige Label Vermarktungsoptionen eröffnet. Mit einer Bodenpolitik, die nicht länger tatenlos zusieht – und damit stillschweigend toleriert, dass bäuerliche Betriebe bei Landverkauf oder -verpachtung immer häufiger das Nachsehen haben – hier und im Rest der Welt. Und indem sie Handelsverträge mit Staaten abschließt, die nicht den am eifrigsten lobbierenden Konzernen hier wie dort nützen, sondern den jeweils dort lebenden Bauern und Verbrauchern.

Politische Rahmen sind wichtig, sie sind zwingend notwendig, aber mindestens genauso wichtig ist, dass die Bauern und Bäuerinnen innerhalb dieser Rahmen denn auch ihre Verantwortung übernehmen. Wer als Milchbauer jetzt sofort wieder die Menge steigert, trägt direkt zur nächsten Krise bei. Wer jetzt einen Vollspaltenschweinemaststall neu baut und glaubt, nur ein Kommunikationsproblem mit weltfremden, landfernen, unwissenden Verbrauchern zu haben, verkennt, dass die gesellschaftlichen Anforderungen nicht einer momentanen Modewelle entspringen, sondern auf eine ethische, moralische Grundlage zurückgehen. Handeln heißt nicht nur zu produzieren, handeln heißt auch sich zu solidarisieren, in Verbänden und Aufsichtsräten Interessen wahrzunehmen, in Erzeugergemeinschaften besondere Qualitäten zu vermarkten. Zu handeln im Sinne der Händler, aber mit dem direkten Bezug, der Wertschätzung und der Achtung vor dem Produkt. Statt darauf, dass das „ökonomische Optimum häufig bei einer geringeren Stufe der Intensität zu sehen“ sei, werde der Blick zu oft einseitig auf Flächenerträge, Milchleistungen, und Tageszunahmen gerichtet, erklärte gerade der Vizepräsident der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft (DLG), Hubertus Paetow.

Bäuerliche Betriebe haben keine Chance im Rennen um Gewinnmaximierung durch Kostenführerschaft. Sie müssen auch kein Interesse daran haben. Ihre Stärke ist die Möglichkeit des Schulterschlusses mit der Gesellschaft. Bäuerliche Betriebe produzieren Lebensmittel mit Mehrwert, tier- und umweltgerecht. Sie erbringen gesellschaftliche Leistungen, erhalten Biodiversität und Naturräume und sind Garant für lebendige Dörfer. Dies selbstbewusst zu zeigen, ist jeden Tag eine neue Herausforderung. Eindrucksvoll demonstriert werden muss dies wieder im Januar in Berlin – der Politik und all denen, die glauben, Bauern und Bäuerinnen sollten und bräuchten keine Verantwortung zu übernehmen.

*Claudia Schievelbein,
 Redakteurin der Unabhängigen Bauernstimme*

„Noch ist Baysanto zu verhindern“

Pat Mooney, kritischer Geist in Sachen Agrarkonzerne, auf Stippvisite in Deutschland

Er hatte schon eine Weile nicht mehr in Deutschland vorbeigeschaut, der mittlerweile fast blinde Seher der Saatgutbewegung und Technologiekritik aus Kanada, Pat Mooney. Seit den 70er Jahren kämpft er für die Freiheit des Saatgutes in der Hand von Bäuerinnen und Bauern und wurde schon 1985 dafür mit dem alternativen Nobelpreis ausgezeichnet, zusammen mit Gary Fowler, dem späteren Gründer des Saatgutbunkers im ewigen Eis. Heute leitet er die internationale ETC (Erosion, Technology and Concentration)-Aktionsgruppe. Auf dem Rückweg vom Plenum des Ausschusses für Ernährungssicherheit bei der FAO in Rom machte Mooney Zwischenstation in Berlin und sprach über die Herausforderungen in Zeiten von „Baysanto“, ChemChina/Syngenta und Dow/DuPont. Würden diese drei Giga-Zusammenschlüsse realisiert, so Mooney, werde dieses Dreieroligopol über 60 % des globalen Saatgut- und 70 % des Pestizidmarktes kontrollieren. 75 % des kommerziellen Forschungsetats werde von diesen drei Unternehmen kontrolliert. Größe garantiere zwar Profit, aber weder Innovation noch bestmögliche Lösungen für die Landwirtschaft und Ernährung. Im Gegenteil: Die Giganten seien bekannt dafür, möglichst alles, was sie nicht selbst vermarkten, zu unterbinden. 45 % des privaten Forschungsetats gehe in eine einzige Pflanze: Mais. Während Kleinbauern und -bäuerinnen über zwei Millionen Sorten von über 6.000 Pflanzenarten nutzten, seien es bei der Industrie nur noch 100.000 Sorten von etwa 100 Arten, die Mehrheit davon zudem Blumen. Pat Mooneys Botschaft: Noch sind die Riesenzusammenschlüsse nicht in trockenen Tüchern. Es lohne sich, sie zu bekämpfen und Regierungen in aller Welt klar zu machen, dass solche Riesen Saatgut und Lebensmittel teurer machen, die Landwirte gegen sie aufbringen und den Aufbau oder Erhalt einer eigenständigen nationalen Industrie verhindern. Mooney zeichnete auch bereits die nächste Konzentrationswelle an die Wand. Mit der Digitalisierung der Landwirtschaft kämen der Landmaschinensektor, in dem ebenfalls drei Unternehmen den Ton angeben, und möglicherweise auch große IT-Unternehmen ins Spiel.

Unabhängige Bauernstimme: Wir haben gerade gehört, dass wir die Übernahme Monsantos durch Bayer immer noch stoppen können. Können Sie uns kurz erklären, wie das machbar sein soll?

Pat Mooney: Sicher. Die Anteilseigner der Unternehmen sind diejenigen, die die Entscheidung über die Fusion treffen. Wenn sie keinen finanziellen Vorteil in der Fusion sehen, werden sie nicht mitmachen. Die wachsenden oder entstehenden Märkte der großen Chemieunternehmen liegen nicht in Europa oder in Nordamerika. Sie liegen in Asien, Afrika und Lateinamerika. Momentan kann man es unterbrechen auf vier Länder, die 33 % des Pestizidmarktes ausmachen: Argentinien, Brasilien, Indien und China. Wenn zwei dieser Länder oder eine andere Kombination von Ländern, die einen signifikanten Teil des Marktes ausmachen, „Nein“ sagen, dann gibt es keinen Profit für die Anteilseigner. Sie werden den Managern sagen: „Vergesst es, geht nach Hause, wir machen es nicht, wir werden dabei Geld verlieren.“ Also ist es schlussendlich nicht entscheidend, was die EU-Kommission oder die US-Regierung sagen – wenn es auch hilfreich wäre – sondern es ist eine Sache von ein paar wenigen Ländern in der Welt.

Sie haben uns auch erklärt, dass die Monsanto/Bayer-Hochzeit nur der Anfang einer neuen Welle von Fusionen und einer neuen Auseinandersetzung um die Digitalisierung der Landwirtschaft sei – Sie nannten es „Googlefication“ der Landwirtschaft. Was bedeutet das?

Der Bereich der Biotechnologie in der Landwirtschaft wie auch der Bereich Precision Farming oder Smart Farming fußen auf Big Data. Es geht um den Umgang mit den Informationen, wie man die Algorithmen kontrolliert und entwickelt. Als Biotechnologie- oder Chemiekonzern beispielsweise kreierst du neue genetische Strukturen. Und dann kannst du Sensoren benutzen, um nachzuerfolgen, was mit deiner Saat, deinen Düngern, deinen Pestiziden auf dem Acker, in der Ernte passiert. Am Ende haben wir dann eine Szenerie des Verschmelzens von den Daten aus den riesigen Biotech- und Chemieunternehmen auf der einen Seite und den Sensordaten auf der anderen Seite, welche von der Landtechnikindustrie kontrolliert wird. Es wird lukrativer sein, all diese Daten in die Hand eines Unternehmens zu legen. Und mehr oder weniger natürlich kommt es zu Dingen, die wir derzeit sehen: John Deere, das weltweit größte Landtechnikunternehmen, macht gemeinsame Sache mit Bayer und Monsanto. Sie haben bereits

Arrangements für die nächsten Schritte der Zusammenarbeit getroffen. Sie benutzen dieselben Argumente, die sie jetzt schon für ihre Firmenpolitik nutzen: „Welthunger, Klimawandel, wir müssen mit Größe auf die Herausforderungen reagieren, lasst uns die Vorteile von Big Data nutzen und alles zusammenschmeißen.“

Sie haben uns aber auch Hoffnung gemacht und gesagt, dass die Schlüsseltechnologien und die entscheidenden Ressourcen, um die Welt zu ernähren, auch unter den momentan herrschenden Bedingungen, in der bäuerlichen Landwirtschaft liegen. Wie können Sie das behaupten?

Es gibt zwei Begründungen. Zum einen produzieren Kleinbauern tatsächlich die meisten Lebensmittel der Weltbevölkerung. Ursprünglich wurde das angezweifelt, aber nachdem Wissenschaftler und Institutionen wie die FAO es genauer untersucht haben, ist es eindeutig nachgewiesen. Einer der Gründe, warum Bauern und bäuerliche Strukturen so erfolgreich sind, Lebensmittel zu produzieren und der Welt speziell in Hungerregionen zur Verfügung zu stellen, ist, dass das industrielle System es so schlecht hinkriegt. Für jeden Euro, den die Verbraucher in Industrieländern für Produkte der Lebensmittelindustrie ausgeben, müssen sie mehr als zwei Euro ausgeben, um die Schäden, Gesundheits- und Umweltschäden, derselben Lebensmittelindustriemaschinerie abzudecken. Das ist so, weil es 40% des Essen gar nicht auf unsere Tische schaffen und weitere 25%, die es auf den Tisch geschafft haben, am Ende weggeschmissen werden. Das System ist so schrecklich ineffizient, dass es nur 30% der Lebensmittel für die Menschen produziert. Aber auch darüber hinaus ist bäuerliche Landwirtschaft das bessere System für unsere Lebensmittelerzeugung, weil es am flexibelsten reagieren kann, die meiste Vielfalt beinhaltet, sich am schnellsten an sich ändernde äußere Bedingungen anpassen kann. Das industrielle Modell ist schlicht nicht mal in der Lage, sich an die wichtigsten Änderungen anzupassen.

Auf dem nächsten Treffen der Biodiversitäts-Konvention (CBD) wird Gene Drive, eine unter die Terminologie der neuen Züchtungstechnologien fallende Methode zur schnelleren Verbreitung von bestimmten Genen in Populati-



Pat Mooney mit Blick in die Zukunft
Foto: Zenzen

onen, ein großes Thema sein. Sie haben einst den Begriff der „Terminatortechnologie“ geprägt und bekannt gemacht. Gene Drive ist noch weitreichender, nicht wahr?

Ja, ist es, es ist viel mächtiger. Es überspringt wirklich Mauern, weil es die ganze Idee des chemischen Pflanzenschutzes aushebelt, indem es Unkraut und Schädlinge auch in der Wildnis bekämpft. Es ist ein Angriffssystem, das nicht zu kontrollieren und dadurch zu gefährlich ist, um es in die Natur zu entlassen. Auf einer internationalen Naturschutzkonferenz in Hawaii im September mussten sich die Teilnehmer mit einer Resolution auseinander setzen, in dem es um den Einsatz von Gene Drive als einer Strategie zum Schutz gegen invasive Arten in Ökosystemen ging. Sie drehten es dann, die Regierungen, Wissenschaftler und die Zivilgesellschaft sagten gemeinschaftlich: „Nein, wir wollen ein Moratorium zu Forschung und Nutzung von Gene Drive.“ Diese Haltung der Vorsicht kommt nun auch zurück nach Europa und auch zur CBD. Angewendet werden muss das Vorsorgeprinzip, ich denke, wir haben gute Chancen, das durchzusetzen

Vielen Dank für das Gespräch!

Text und Interview schrieb und führte Benedikt Haerlin, Zukunftsstiftung Landwirtschaft, Berlin.

Bäuerlichkeit über EU-Agrarpolitik sichern

Starke Ausrichtung auf Entlohnung gesellschaftlicher Leistungen bei Reformideen für 2020

Zum Ende des Jahres liegen mehrere Vorschläge unterschiedlicher Verbände zur nächsten Reform der Gemeinsamen europäischen Agrarpolitik (GAP) für die Zeit ab 2020 zur öffentlichen Diskussion auf dem Tisch – mit unterschiedlichen Zielsetzungen. Neben dem in der letzten Ausgabe der Unabhängigen Bauernstimme vorgestellten Konzept der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) haben schon seit dem Sommer der Deutsche Verband für Landschaftspflege (DVL) sowie das Kasseler Institut für ländliche Entwicklung (siehe extra Kasten) und seit Anfang November auch der Naturschutzbund Deutschland (NABU) ihre Vorstellungen einer veränderten EU-Förderpolitik zu Papier gebracht.

Bäuerlich gedacht

Die AbL beschreibt in ihrem Arbeitspapier ein Punktesystem mit drei Prämienkomponenten, bestehend aus einer Basiszahlung, einer qualifizierten Flächenzahlung und einer Tierhaltungsprämie. Gertraud Gafus, Bundesvorsitzende der AbL, betont: „Für unsere Überlegungen war es wichtig zwei Aspekte zusammenzubringen: die gesellschaftlichen Ansprüche an die Landwirtschaft und die Art, wie bäuerliche Betriebe arbeiten und welche Leistungen sie erbringen können. Je mehr Aufwand für die Flächenbewirtschaftung und in der Tierhaltung nötig ist, desto mehr sollte das honoriert werden.“ Gedacht ist dieses Modell vom bäuerlichen Betrieb aus. Dabei wurde bewusst der Anschluss an gesellschaftliche Diskussionen gesucht. Und „durch die Auswertung von Daten aus dem betrieblichen Sammelantrag wird der Verwaltungsaufwand gering gehalten.“ Ebenfalls auf eine Punktevergabe setzt der DVL, konzentriert sich dabei jedoch auf ökologisch bedeutsame Kriterien. Das Modell wurde in Schles-

wig-Holstein zusammen mit Praxisbetrieben entwickelt und erprobt. Für die drei Leistungsbereiche Biodiversitäts-, Klima- und Wasserschutz wird anhand von fünf Bewertungskategorien mit insgesamt 22 Parametern eine Punktebewertung der flächengebundenen betrieblichen Umweltleistungen vorgenommen. Herangezogen werden vorliegende Betriebsdaten, die über einen Aufnahmebogen ausgewertet werden können. Vergütet würde je Punkt mit einem festzulegenden Betrag bzw. Anteil je nach Agrarbudget ausgehend von dieser Verfahrensidee entwickelt das Landwirtschaftsministerium Schleswig-Holstein zurzeit ebenfalls einen Reformvorschlag. Den Prozess koordiniert Hans-Georg Starck, der erklärt: „Wenn wir wollen, dass die öffentlichen Güter bzw. Leistungen der Landwirtschaft (wie Biodiversität in der Agrarlandschaft, Schutz von Wasser, Boden, Luft und Klima, Tierwohl in der Nutztierhaltung, aber auch die Vitalität der ländlichen Räume) honoriert werden sollen, dann muss die Gemeinsame Agrarpolitik darauf ausgerichtet werden.“ Es läuft auf ein Mehrkomponentensystem hinaus, denn für den flächenbezogenen Umweltbereich ist ein Verfahren ähnlich dem DVL-Konzept vorstellbar. „Die Honorierung der Tierwohleleistungen bei der Nutztierhaltung (...) ist eine sehr spannende, aber auch enorm komplexe Frage. Hier haben wir ein entsprechendes Gutachten vergeben, welches Möglichkeiten im Rahmen einer zukünftigen GAP aufzeigen soll“, beschreibt Starck eine der Herausforderungen. Aus Verwaltungssicht macht er deutlich: „Für uns wichtig ist dabei, dass es [das Fördersystem] methodisch an das bestehende System der Agrarverwaltung anknüpft (Sammelantrag) und für die Landwirte mit möglichst geringem Aufwand anwendbar ist.“

Anderer Ansatz: Preis-Kosten-Ausgleichszahlungen

Eine völlig andere Strategie zur nächsten GAP-Reform verfolgen Dr. Frieder Thomas, Prof. Dr. Onno Poppinga und Dr. Karin Jürgens vom Kasseler Institut für ländliche Entwicklung e.V. mit ihrem Vorschlag eines veränderten Fördersystems: Schon im August schlugen sie in ihrem Arbeitspapier eine aktive Agrarstrukturpolitik durch Preis-Kosten-Ausgleichszahlungen vor, um den Wachstumsdruck zu verringern und insbesondere bei Preiskrisen bäuerliche Existenzen abzusichern. Die bisherigen Direktzahlungen bezeichnen sie als agrarstrukturell unfair. Nach ihren Vorstellungen würde jeder Betrieb einem bestimmten Betriebstyp zugeordnet werden. Für diese Betriebstypen würden die Produktionskosten errechnet, z. B. mit Hilfe des europäischen Informationsnetzes landwirtschaftlicher Buchführungen. Sinken die realen Preise unter eine festzulegende Marge unterhalb von errechneten optimalen Erzeugerpreisen, entsprechend der Produktionskosten und einem Einkommensansatz, würden Ausgleichszahlungen ausgelöst. cw



Landwirtschaft und Gesellschaft in der Kulturlandschaft miteinander verwoben Foto: Jasper

Ganz aktuell hat der NABU seine Vorstellungen von einem anderen Förderformat veröffentlicht. Darin wird das Zwei-Säulen-Modell der GAP nahezu aufgelöst und in verschiedene Maßnahmenbereiche gegliedert, die hauptsächlich ökologische Belange berücksichtigen: Vorgesehen ist eine betriebs- und flächenbezogene Basisprämie, wenn Mindestanforderungen ähnlich einem ausgeweiteten Greening eingehalten werden. Hinzu kommt eine Agrar-Natur-Prämie, wenn als effektiv wirksam eingestufte ökologische Maßnahmen, wie extensive Flächennutzung, umgesetzt werden. Schließen sich Betriebe Beratungsangeboten an, können sie eine pauschale Managementprämie erhalten. Weitere Prämien gibt es für Entwicklungsmaßnahmen zur Förderung der Biodiversität. Übrig bleiben Programme zur ländlichen Entwicklung ähnlich der derzeitigen Gestaltung.

Werte und Verantwortung

Gemeinsam haben all diese Vorschläge, dass sie versuchen, eine mehr oder weniger große Bandbreite gesellschaftlicher Leistungen zu entlohnen. Starck weist darauf hin: „Der Begründungsdruck für die Milliardenzahlungen [im Rahmen der GAP] wird deutlich zunehmen. Die Frage ist, ob man erfolgreich die Gelder für die Landwirtschaft und den ländlichen Raum verteidigen kann und wie? (...) Es muss auch im Interesse der Landwirtschaft sein, schrittweise ein Fördersystem zu entwickeln, bei dem die öffentlichen Gelder gesellschaftlichen Werten dienen und damit auch als berechtigt anerkannt würden.“ Er begrüßt die Vorstöße aus unterschiedlichen Inte-

ressenrichtungen, steht einem Austausch offen, wenn auch realistisch gegenüber: „Entscheidend bei der Diskussion zu einer neuen GAP und für die Eignung von neuen Fördermodellen wird die Frage sein, welche Auswirkung dies auf die wirtschaftliche Situation der landwirtschaftlichen Betriebe und die landwirtschaftliche Struktur insgesamt hat.“ Almbäuerin Gertraud Gafus möchte gerade bei den Betriebsprämien auf Zukunftsweisendes für die Höfe hinwirken: „Ziel des politischen Fördersystems muss es sein, die wirtschaftliche Situation bäuerlicher Betriebe zu stabilisieren. In der gesamten Landwirtschaft müssten Low-Input-Strategien, die einer bäuerlichen Denkweise entsprechen, viel mehr bestärkt werden: eigene Ressourcen und Kreisläufe des Hofes nutzen, auf Vielfalt bauen und sich so unabhängig und widerstandsfähig machen.“ Es geht darum, den Bauern und Bäuerinnen politisch einen passenden Rahmen zu stellen, der ihnen eigenverantwortliches Handeln ermöglicht und dieses bestärkt. cw

Korrektur

In der Darstellung des AbL-Punktesystems im Artikel „Mit Punktesystem für multifunktionale Landwirtschaft“ der letzten Bauernstimmenausgabe 11/2016 sind uns bei den letzten drei Berechnungsbeispielen Fehler unterlaufen. Die Summen sind jeweils richtig, aber bei der Flächenprämie wurden nicht die passenden Hektarzahlen angegeben; richtig ist in allen drei Fällen „x 100 ha“. Im dritten Beispiel werden außerdem bei der Tierprämie auf Grund der Stallhaltungsform statt der angegebenen 50 € nur 20 € pro Großvieheinheit eingerechnet.

„Murks und Flickwerk“

Die Vorlage des Gentechnikgesetzes opfert den Verbraucherschutz

Die Anforderungen an die im Rahmen des Opt-out-Verfahrens notwendigen Änderungen im Gentechnikrecht waren klar formuliert. Sowohl eine Mehrheit der Länderagrarminister als auch das breite gentechnikkritische gesellschaftliche Bündnis forderten eine eindeutige, rechtssichere Regelung. Im optimalen Fall hätte das Bundeslandwirtschaftsministerium sich für ein Verbot des Anbaus gentechnisch veränderter Pflanzen zuständig erklärt. Der jetzt vorliegende Kabinettsentwurf erschwert hingegen die neue Möglichkeit, innerhalb des Zulassungsverfahrens (Opt-out) schon zu Beginn der Zulassung zu fordern, dass der beantragende Konzern die BRD von der Zulassung ausnimmt (Phase 1). Als Voraussetzung für ein Aufforderungsschreiben soll eine Mehrheit der Bundesländer dies wollen und dafür „begründete Erklärungen aufgrund zwingender Gründe“ liefern. Zudem sollen neben dem Landwirtschaftsministerium die Bundesministerien für Forschung, Wirtschaft, Arbeit und Soziales, Gesundheit sowie Umwelt ihr Einvernehmen geben. Ein Veto eines einzelnen Ministeriums kann so die Phase 1 verhindern. Eine Überarbeitung der Kabinettsvorlage fordert auch der Bundesgeschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft, Georg Janßen: „Minister Schmidt versucht erneut, der Gentechnikindustrie die Hintertür zu öffnen. Wir fordern eine rechtlich klare Lösung, bei der die Entscheidung über den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen auf Bundesebene liegt. Nur so kann ein Flickentepich aus Anbau und Verbot verhindert werden.“ Ein weiteres Argument für ein bundeseinheitliches Vorgehen ist die Vermeidung des Risikos kostspieliger gerichtlicher Auseinandersetzungen zwischen großen internationalen Konzernen und einzelnen Bundesländern.

Durch die Hintertür

Offenbar noch in letzter Minute vor der Abstimmung im Kabinett wurde der vorliegende Entwurf noch um eine Passage zu neuen Züchtungstechniken erweitert: „Die Bundesregierung geht davon aus, dass auch bei der Freisetzung und dem Inverkehrbringen von Organismen, die mittels neuer Züchtungstechniken wie CRISPR/Cas erzeugt worden sind, unter Zugrundelegung des Vorsorgeprinzips und des Innovationsprinzips ein hohes Maß an Sicherheit gewährleistet wird. Vorbehaltlich einer anderwei-

tig bindenden Entscheidung auf EU-Ebene wird zu diesem Zweck im Rahmen von Einzelfallprüfungen im Gentechnikrecht eine prozess- und produktbezogene Betrachtung und Bewertung zu Grunde gelegt.“ Mit dieser kurzen Passage bricht die Bundesregierung gleich mit zwei Grundsätzen des EU-Gentechnikrechts. Zum einen gilt dort das Vorsorgeprinzip als Grundlage für die Beurteilung von Risiken. Der, offenbar durch erfolgreiche Lobbyarbeit der Industrie, in der Kabinettsvorlage genannte Begriff „Innovationsprinzip“ ist rechtlich nicht definiert, soll aber offenbar suggerieren, dass zwischen Vorsorge und Innovation in Einzelfallentscheidungen abgewogen werden könnte. Die zweite elegant eingewobene Formulierung betrifft eine Aushöhlung der derzeit gültigen Prozesskennzeichnung. Auch hier widerspricht die Vorlage dem im EU-Recht definierten verfahrensbezogenen Ansatz bei der Beurteilung von gentechnisch veränderten Organismen. Demnach kann ein Organismus nur als gentechnisch verändert gelten und unterliegt damit der verfahrensorientierten Regulierungspflicht (und dem Gentechnikgesetz) oder eben nicht. Der Hintergrund ist, dass sich bei einigen der neuen gentechnischen Verfahren die gentechnische Veränderung im Endprodukt nicht nachweisen lässt. Deshalb, so die Argumentation der Gentechniklobbyisten, handele es sich nicht um Gentechnik und die Organismen und Produkte müssten auch nicht reguliert und gekennzeichnet werden.

Dringender Änderungsbedarf

Viel Kritik am Entwurf kam aus den Reihen der Länderagrarminister. Die hessische grüne Landwirtschaftsministerin Priska Hinz hielt dem Bundeslandwirtschaftsminister vor, sich allen Kompromissvorschlägen zu verschließen. Christian Meyer, ihr grüner Amtskollege aus Niedersachsen, sprach von „Murks und Flickwerk“. In dem vorgelegten Gesetzentwurf wimmelte es nur so von Schlupflöchern für ein bundesweites Anbauverbot. Als nächste Instanz muss der Bundestag über den Kabinettsentwurf abstimmen. Auch vor dem Hintergrund der von einem breiten gesellschaftlichen Bündnis getragenen kritischen Begleitung der Verhandlungen zu den Freihandelsabkommen CETA und TTIP muss hier verhindert werden, dass es zu einer unnötigen Aufgabe von Umwelt- und Verbraucherschutzstandards kommt. *mm*



Opt Out des Ministeriums: hin und her und am Ende wird einem schlecht Foto: Grieger/pixelio

Trump-Präsidentschaft und US-Agrarpolitik

„Zwischen Fast Food und Feedlots“ – so fasste vor einiger Zeit eine alternative US-Agrarzeitschrift die Agrarpolitik des neu gewählten US-Präsidenten Donald Trump zusammen. In den sogenannten Feedlots findet Rindermast in Intensivhaltung mit 30.000 Tieren und mehr auf engstem Raum statt. Bereits im August veröffentlichte Trump eine Liste mit 65 Namen, die sein „Agrar-Team“ bilden. Die Liste liest sich wie ein „Who is who“ von Vertretern der industriellen Landwirtschaft: Politiker, Lobbyisten, Repräsentanten von Agrarchemie-Firmen und einige der reichsten Farmer und Rancher der USA. Zumindest angekündigt hatte Trump als erste Amtshandlung die Abschaffung der US-Umweltbehörde EPA oder die Änderung ihrer Leitung hin zu einem Vertreter aus der Landwirtschaft. Die EPA ist u. a. für die Zulassung neuer Herbizide zuständig, es ist davon auszugehen, dass es in Zukunft noch weniger Auflagen für Agrarchemiefirmen geben wird als bisher. Insgesamt will Trump mit den „Regularien aufräumen“, die seiner Auffassung (und der der Industrie) nach die Landwirte in unzumutbarer Weise einschränken. Als erstes dürfte die vom bisherigen US-Präsident Barack Obama erlassene aber aufgrund gerichtlicher Klagen noch nicht in Kraft getretene Wasserschutzgesetzgebung WOTUS fallen, die u. a. den Nitratreintrag geregelt hätte. Anders als Obama, dessen Frau Michelle die Familie mit Biolebensmitteln ernährte, im Garten des Weißen Hauses einen Gemüsegarten anlegte und sich für gesunde Ernährung einsetzte, soll Donald Trump Fast Food bevorzugen. Eine Unterstützung des Biolandbaus ist von seiner Administration nicht zu erwarten. Zwei politische Positionen Trumps dürften allerdings den Verfechtern der industriellen Landwirtschaft nicht gelegen kommen. Selbst wenn die von Trump geplante Mauer an der Grenze zu Mexiko nicht gebaut werden sollte – eines seiner wichtigsten Wahlversprechen ist, zukünftig keine Immigranten mehr ins Land zu lassen. Das träfe Bereiche der Landwirtschaft extrem hart. Eine Möglichkeit wäre, mit kurzfristigen Visa zu arbeiten – was eine Lösung für die Obst- und Gemüseproduktion sein könnte, nicht aber für Betriebe, z. B. Milchviehhalter und Fleischverarbeiter mit ganzjährigem Bedarf an Billigstarbeitskräften. Experten gehen davon aus, dass die Nahrungsmittelpreise steigen werden. Das andere große Problem für die US-Landwirtschaft dürfte das Versprechen von Trump sein, internationale Handelsabkommen aufzukündigen und neu zu verhandeln. Das soll nicht nur für das noch nicht ratifizierte Transpazifische Handelsabkommen TPP gelten, sondern auch für das nordamerikanische Freihandelsabkommen NAFTA. Verhandlungen mit den Europäern zu TTIP werden mit großer Sicherheit auf Eis gelegt werden. Besonders die Farmer im Mittleren Westen sind mit einer Rekorderte von Mais und Soja auf den Export angewiesen. Selbst wenn eine Regierung Trump eine höhere Beimengung von aus Mais gewonnenem Ethanol zum an Tankstellen verfügbaren Benzin anordnen würde (in den USA als RFS, renewable fuel standard, bekannt) könnte der US-Markt die Maismassen nicht aufnehmen. *ml*

Bauern und Bewegung lassen CETA wackeln

Belgien verknüpft CETA-Zustimmung mit Schutz bäuerlicher Landwirtschaft

Die Region Wallonie in Belgien hat gezeigt, wie Demokratie in Europa funktionieren muss. Dafür hat sich das wallonische Parlament nach Angaben ihres Ministerpräsidenten Paul Magnette mehrere hundert Stunden mit dem geplanten EU-Kanada-Abkommen CETA auseinandergesetzt. In einer Rede betonte Magnette, dass er diese inhaltliche Auseinandersetzung auch von allen anderen EU-Parlamenten erwarte, denn CETA sei die Grundlage für die kommenden europäischen Handelsabkommen mit Industrieländern, darunter beispielsweise mit den USA (TTIP) oder Japan.

Billige Fleischimporte

Auch die Bäuerinnen und Bauern in der Wallonie haben sich in diesen intensiven Prozess eingebracht, allen voran der belgische EMB-Ableger Milcherzeuger-Interessengemeinschaft (MIG) und FUgea, Mitglied bei Via Campesina. „Ich habe im Parlament unsere landwirtschaftlichen Vorbehalte gegen CETA vorgebracht und darüber hinaus haben wir unzählige Gespräche mit den Abgeordneten geführt“, sagt Stéphane Delogne, Rinderhalter in der Region Wallonie und Mitglied bei FUgea. Laut Delogne sei die extensive und hochpreisige Rinderhaltung in der Wallonie durch CETA stark betroffen. Auch die Bedrohung der Gentechnikfreiheit in Belgien durch die geplante Auflösung des Vorsorgeprinzips problematisierten die Bauern gegenüber ihrer Regierung. Im April verabschiedete das wallonische Parlament eine fundierte CETA-Resolution. In dieser forderte die Wallonie u. a. Schutzinstrumente für landwirtschaftliche Importe, wenn EU-Märkte durch Billigimporte empfindlich gestört werden. Das betrifft in erster Linie die in CETA vorgesehene Öffnung der europäischen Fleischmärkte für kanadische Billigimporte. Dafür sollen die zollfreien Quotenmengen um das 14-fache für Schweinefleisch und das 12-fache für Rindfleisch erhöht werden. Diese Importmengen würden durch weitere Handelsabkommen wie TTIP oder auch Mercosur (EU mit Ländern Lateinamerikas) noch drastisch steigen. Außerdem fordert die Region Wallonie in ihrer Resolution die Sicherung des europäischen Vorsorgeprinzips. Auch das jüngst reformierte Investorenschutzkapitel im CETA-Vertrag kritisiert die Wallonie und bezieht sich auf die Stellungnahme des Deutschen Richterbundes vom Fe-

bruar dieses Jahres, in der solche Sonderschiedsgerichte strikt abgelehnt werden. Weitere regionale Parlamente wie die französischsprachige Gemeinschaft haben diese Resolution fast gänzlich übernommen.

Somit war lange vor dem legendären EU-Ratstermin am 18. Oktober bekannt, dass Belgien starke Vorbehalte gegen CETA und vor allem auch gute Argumente in der Tasche hat, um einer rüden Debatte entgegentreten zu können. Am 24. Oktober war klar, Belgien verweigert seine Zustimmung zu CETA. Statt die politische Leistung des wallonischen Parlamentes hervorzuheben, haben sich Politiker aller Parteien laut Gedanken gemacht, wie solches Querstellen künftig zu verhindern sei. Die Leitmedien, die zuvor noch kritisch über die CETA-Inhalte berichtet hatten, zogen über Belgien her und prangerten die Demokratie als Problem für Europa an (siehe Leserbrief). Allerdings hielt diese Welle nur kurz an und die Berichterstattung differenzierte sich.

Die Bäuerinnen und Bauern in der Wallonie haben demonstriert. Europaweit bekräftigte die TTIP- und CETA-kritische Bewegung immer wieder öffentlich die Entscheidung Belgiens. Dass Belgien überhaupt diese EU-Ratsentscheidung mit Pauken und Trompeten hat platzen lassen, ist allen voran der massiven kritischen Landwirtschafts- und Handelsbewegung mit ihren großen Demonstrationen geschuldet.

Sollbruchstellen

Erst am 30. Oktober konnte der EU-Rat im Beisein von Kanada CETA – mit der Stimme Belgiens – unterzeichnen, begleitet von einer 30-seitigen Erklärung für das Ratsprotokoll vom 27. Oktober. In dieser ist es Belgien gelungen, Sollbruchstellen im Sinne der bäuerlichen Landwirtschaft einzubauen. Diese Sollbruchstellen werden die in den kommenden Jahren geplante Ratifizierung in allen 28 europäischen Mitgliedsstaaten nicht leichter machen.

Schutzklauseln für Importe: In dem oben genannten Ratsprotokoll versucht die EU-Kommission Sand in die Augen zu streuen, indem sie auf Seite 23 schreibt, dass die Europäische Union nach EU- und WTO-Recht jederzeit Schutzmaßnahmen treffen kann. Aber sie lässt bewusst die WTO-Agrar-Schutzmaßnahmen unerwähnt. Und diese sollen laut CETA-Vertrag-Artikel 2.7 auch nur für Kanada gelten – nicht



Freihandelsabkommen kein Fortschritt für bäuerliche Landwirtschaft

Foto: Schievelbein

für die EU (!). Das hat die Wallonie verstanden und in der Ratserklärung aufnehmen lassen, dass Belgien bei Importfluten eigene Schutzmaßnahmen treffen kann. Es bleibt offen, ob diese Agrar-Schutzmaßnahmen nur für Belgien gelten können oder EU-rechtlich für die gesamte EU gelten müssen. Außerdem will Belgien innerhalb von zwölf Monaten nach der Unterzeichnung von CETA „konkrete Schwellenwerte festlegen, um zu bestimmen, was unter einem Marktungleichgewicht zu verstehen ist“.

Hintertüren und Anhänge

Erhalt des Vorsorgeprinzips: In der Ratserklärung zündet die EU-Kommission eine weitere Nebelkerze und schreibt, dass „CETA keine Bestimmungen enthält, die eine Anwendung des Vorsorgegrundsatzes in der Europäischen Union, wie er im Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union festgelegt ist, verhindern.“ Der CETA-Vertrag sieht jedoch vor, das Vorsorgeprinzip aufzuweichen und verweist beispielsweise in Artikel 21.4 darauf, das in Kanada (und den USA) wissenschaftlich basierte Zulassungsverfahren anzustreben. AbL-Bundesgeschäftsführer Georg Janßen sagt: „Warum wird nicht klipp und klar in den Vertrag selber reingeschrieben, dass Europa an dem Vorsorgeprinzip und an der Gentechnikfreiheit festhalten wird? Bei den nationalen Verbotsmöglichkeiten der EU-Staaten wird schon jetzt den Gentechnikkonzernen ein Mitspracherecht eingeräumt und dem neuen Gentechnikzüchtungsverfahren CRISPR/Cas9 wird im Gentechnikgesetzentwurf des Bundeslandwirt-

schaftsministeriums eine Hintertür geöffnet.“ In der Ratserklärung bekräftigt Belgien, dass die Gentechnikfreiheit auf ihrem Hoheitsgebiet nicht beeinträchtigt werden darf und dass die Anwendung des Vorsorgeprinzips in der EU garantiert bleiben muss. Außerdem will Belgien die Vereinbarkeit des Investitionsgerichtshofs mit den europäischen Verträgen vom Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH) untersuchen lassen und behält sich vor, CETA nicht auf Ebene der Mitgliedsstaaten zu ratifizieren, wenn das Investorenschutzkapitel im Vertrag unverändert bleibt. Von Seiten der deutschen Bundesregierung bleiben in der gesamten Ratserklärung derartige Änderungsanträge erwartungsgemäß aus. In der öffentlichen Stimmung kursiert die Haltung: CETA ist durch. Klar ist, dass die Rechtsverbindlichkeit dieser Zusatzklärung gänzlich offen ist und klar ist auch, dass der CETA-Vertrag nach wie vor vollgezogen ist mit negativen Folgen für Bauern und Gesellschaft. Und dank dem Einsatz der Wallonie gewinnt die politische Debatte um CETA und Landwirtschaft eine neue Dimension und muss von allen kritischen Bauernorganisationen mit Unterstützung der Zivilgesellschaft auch außerhalb der Wallonie geführt werden. Die Abstimmung sowohl im EU-Parlament als auch in 28 Mitgliedsstaaten steht noch bevor. Bewegungsarbeit hört nie auf oder wie Stéphane Delonge sagt: „Wir werden CETA nicht akzeptieren.“

Berit Thomsen

Die AbL dankt Thomas Fritz, freier Autor in Berlin, für die Unterstützung bei der Analyse.

Bäuerlich in Ostdeutschland

AbL-Tag der Landwirtschaft in Bernburg

Gut besucht war der Tag der Landwirtschaft am 30.10. in der Hochschule Sachsen-Anhalt in Bernburg, zu dem die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) Mitteldeutschland geladen hatte. Neben engagierten BäuerInnen und VerbraucherInnen fanden auch etliche VertreterInnen des Deutschen Bauernbundes, des Bauernverbandes Sachsen-Anhalt, des Agrarpolitischen Arbeitskreises Ökologischer Landbau Sachsen-Anhalt (APÖL) und des Landwirtschaftsministeriums Sachsen-Anhalt den Weg nach Bernburg. Nach kurzen Grußworten des Bauernbundes und des APÖL gab der Bundesgeschäftsführer der AbL, Georg Janßen, einen kurzen Überblick über die auf der Bundesebene anstehenden Themen. Anschließend machte Jobst Jungehülsing vom Bundeslandwirtschaftsministerium (BMEL) in einem sehr informativen Vortrag deutlich, wie drängend die Regulierung von Anteilsverkäufen von landwirtschaftlichen Betrieben ist, da diese bislang weder erfasst noch reglementiert sind und eine erhebliche Gefahr für die Zukunft bäuerlicher Betriebe darstellen.

Unterstützung durch die Politik

Im Anschluss an ein delikates Bauernfrühstück, dessen Zutaten ausschließlich von AbL-Höfen stammten, diskutierten die Teilnehmenden mit Prof. Dr. Claudia Dalbert, Landwirtschaftsministerin in Sachsen-Anhalt, u. a. über die Möglichkeiten, eben diese Anteilsverkäufe zu regulieren. Sie wolle einen umfassenden Prozess in Gang setzen, in dem zusammen mit möglichst vielen Akteuren der Landwirtschaft ein landwirtschaftliches Leitbild erarbeitet werden solle,

welches dem Stand der Zeit entspreche, so Dalbert. Weitere Themen waren die konkrete Ausgestaltung des Investitionsförderprogramms und des Heckenprogramms, die Chancen und Möglichkeiten bäuerlicher Landwirtschaft in Sachsen-Anhalt und die Möglichkeiten der Politik, dort unterstützend wirksam zu werden, sowie die Haltung der Landesregierung zum Freihandelsabkommen CETA. Leider konnte Claudia Gerster, Landessprecherin der AbL, nicht wie geplant an der Diskussion teilnehmen, da zwei Tage zuvor ihre Scheune abgebrannt war – in einem Akt bäuerlicher Solidarität sammelten die TeilnehmerInnen Geld zur Unterstützung des Wiederaufbaus und sagten Heu- und Futterspenden zu.

Neue Gesichter

Nach einem sehr ermutigenden Vortrag von Michael Grolm, Vorsitzender der AbL Mitteldeutschland, über Hecken- und Baumlandschaften in Europa und einer Aussprache über die zukünftigen Aktivitäten der AbL in Bezug auf die Überarbeitung des Pachtvergabeverfahrens der Evangelischen Kirche Mitteldeutschland wurden die nächsten Schritte der AbL in Sachsen-Anhalt diskutiert. Zusammen mit den auf der Veranstaltung spontan beigetretenen neuen Mitgliedern wurde der SprecherInnenrat der AbL für Sachsen-Anhalt gewählt: Claudia und Gerhard Gerster, Jessica Haby, Julia Hornickel, Kathrin Kehlbley, Helen Pluschke, Kaya Thomas und Holger Tuch freuen sich, in Zukunft aktiv die Landwirtschaftspolitik in Sachsen-Anhalt mitzugestalten.

*Reiko Wöllert,
AbL Mitteldeutschland*

KTGs Erbe in Rumänien nach Westfalen

In einem weit verzweigten Netz war die KTG Agrar SE verwoben, welches nach der Insolvenz des Agrarkonzerns aus Ostdeutschland erst nach und nach richtig sichtbar wird. Nun kaufte beispielsweise die Tönnies Holding GmbH & Co. KG, also die Gesellschaft des Fleischfabrikanten Clemens Tönnies aus dem westfälischen Rheda-Wiedenbrück die nach der KTG-Insolvenz zum Verkauf stehende Beteiligungen an einem Agrarbetrieb in Rumänien. Damit gehört die „Agro Iulia“ und damit mehrere tausend Hektar, auf denen Soja, Hafer und Gerste angebaut wird, nun zu 100% Tönnies. Denn schon vor der KTG-Pleite teilten sich die beiden Unternehmen mit einem Verhältnis von 40% (KTG) zu 60% (Tönnies) die rumänischen Latifundien. *cs*

VLOG kritisiert Landwirtschaftsministerium

Auf der diesjährigen Mitgliederversammlung des Vereins für Lebensmittel ohne Gentechnik (VLOG) musste sich Unterabteilungsleiter Martin Köhler aus dem Bundeslandwirtschaftsministerium (BMEL) Kritik zum Vorgehen des BMEL in Sachen Opt out und neuen Züchtungsverfahren anhören. Der VLOG-Vorstand, in dem mit Vertretern von Rewe und Edeka Schwergewichte des Lebensmittelhandels vertreten sind, reagierte mit dem Tenor: Mit Flickenteppich beim Anbau und Zulassung von Pflanzen, die mit neuer Gentechnik entwickelt sind und dann ohne Zulassung und Kennzeichnung auf den Markt gelangen, gefährde das BMEL massiv ihren Wirtschaftszweig. Die Botschaft an Herrn Köhler war eindeutig: So geht es nicht. *cs*

Umstrittenes Herbizid

Die US-Umweltbehörde EPA hat die Anwendung des Glyphosat und 2,4-D enthaltenden Herbizids für Baumwolle, Mais und Sojabohnen mit dem Namen Enlist Duo in weiteren 19 Bundesstaaten genehmigt. Damit ist es jetzt in insgesamt 34 US-Staaten freigegeben. Enlist Duo wird von Dow AgroScience hergestellt in dem Versuch, den „Superunkräutern“ beizukommen, die Resistenzen gegen Glyphosat entwickelt haben. Angewendet werden kann Enlist Duo nur auf Feldern mit 2,4-resistenten GVO-Saaten. Wenn auf benachbarten Äckern Sorten angebaut werden, die „lediglich“ gegen Glyphosat resistent sind, können durch die Abdrift des leicht flüchtigen 2,4-D erhebliche Schäden entstehen. Ebenfalls auf dem Markt sind Roundup-Ready-2-Xtend-Sojabohnen von Monsanto, die gegen die Anwendung eines Herbizids resistent sind, das Glyphosat und Dicamba enthält. Der Einsatz dieses Mittels ist noch nicht von der EPA genehmigt, weshalb Dicamba im Sommer vielfach illegal eingesetzt wurde. *ml*

Anti-Methan-Gesetz in Kalifornien

Bis 2020 müssen im US-Bundesstaat Kalifornien die Methangasemissionen auf das Niveau von vor 1990 reduziert werden, bis 2030 soll der Ausstoß nochmals um 40 Prozent gesenkt werden. Jeder fünfte Liter Milch in den USA wird in Kalifornien produziert, ein durchschnittlicher Milchbetrieb hält etwa 1.500 Kühen, Großbetriebe mit über 30.000 Tieren sind keine Seltenheit. Drastisch reduzieren müssen die Betriebe die Methangasemissionen der Güllelagunen. Frank Mitlöhner, Professor für Tierwissenschaften an der Universität Davis in Kalifornien, bezeichnete das Gesetz als „sehr ambitioniert.“ Güllelagunen müssten durch Biogasanlagen ersetzt werden. In ganz Kalifornien gebe es davon bisher erst zehn und die funktionierten nur unzureichend. Zum Vergleich: In Deutschland gibt es laut Mitlöhner rund 8.500 Biogasanlagen. Um den Auflagen in Kalifornien gerecht zu werden, müssten etwa 500 Biogasanlagen gebaut werden, was man bei der Organisation der kalifornischen Milchproduzenten ohne staatliche Beihilfen von ca. 500 Millionen Dollar für nicht machbar hält. Mitlöhner sieht zusätzliche Probleme bei der Technologie: In den USA gebe es praktisch keine Anbieter von Biogasanlagen, alles müsse importiert werden und bei auftretenden Problemen gebe es keinen technischen Service von Seiten der Hersteller. Außerdem würden die Milchbetriebe für den über Biogas hergestellten Strom nur unzureichend entlohnt. In der Regel fehle die Infrastruktur, um den Strom überhaupt ins Netz einzuspeisen. *ml*



Bäuerinnen und Bauern beim Tag der Landwirtschaft in Bernburg

Foto: AbL

Polizeigewalt in Landlosen-Unis Brasiliens

Nach Informationen der Freunde der brasilianischen Landlosenbewegung MST (Amigos do MST), haben Polizisten am Freitag, den 4.11.2016 drei Ausbildungseinrichtungen gewaltsam gestürmt, sie durchsucht und Personen aus der MST festgenommen. Auf Grund eines Konfliktes zwischen den Landlosen und der Holzfirma 'Arapel' im Bundesstaat Paraná sei die dortige Polizei auf der Suche nach lokalen Führungspersonen der MST. Die Amigos werten den Vorfall als Teil von zunehmenden, gewaltsamen Landkonflikten und vermehrter Kriminalisierung von sozialen Bewegungen seit der Amtsenthebung der Staatspräsidentin Dilma Rousseff im August. Die Unterstützerguppen haben eine Solidaritätskampagne gestartet und sammeln Links, aktuelle Meldungen zum Fall, Texte zur MST und zu Landkonflikten in Brasilien auf ihrer Webseite www.mstbrasilien.de. Sie sind der Auffassung, „wenn auch die Konflikte unter Lula und Dilma [Anmerk. Der Redaktion: da Silva und Rousseff – die vorherigen, als gemäßigt links geltende Staatschefs] nicht gelöst wurden, so hatte doch die Art und Weise der Austragung der Landkonflikte aufgrund der stärkeren Intervention der Bundesbehörden seit 2003 demokratischere Züge angenommen und zu einer Deeskalation beigetragen.“ cw

2.500 Unterstützer für Agrarsozialwahlliste

Die freie Liste für die Versichertengruppe der Selbständigen ohne fremde Arbeitskräfte, „Freie Liste Eickmeyer, Habben, Schmid, Behring, Michel“, hat die geforderten 1.000 Unterstützer-Unterschriften weit überschritten: Für die Zulassung zur Agrarsozialwahl 2017 haben Heinrich Eickmeyer und Gerhard Behring, zwei der Listenkandidaten, am Montag, den 14. November 2016 sechs Aktenordner mit weit über 2.500 Unterschriften zur Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau (SVLFG) in Kassel gebracht und der Wahlausschuss-Vorsitzenden persönlich übergeben. Die „Freie Liste Mann, Hirsch, Koch, Bunsen, von Woellwarth“ für die Gruppe der Arbeitgeber erwartete zu Redaktionsschluss noch die 1.000te Unterschrift, um am Donnerstag, den 17. November die Unterstützerunterschriften in Kassel zu übergeben. Nach Auffassung der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) geht der SVLFG-Wahlausschuss jedoch von einer deutlich zu hohen Anzahl an Versicherten bei ihrer Berufsgenossenschaft aus. In der Folge habe sie die Mindestzahl von Unterstützer-Unterschriften, die Freie Listen für die Zulassung zur Sozialwahl 2017 bei der SVLFG vorlegen müssen, auf 1.000 festgelegt und damit auf mindestens das Doppelte der gesetzlich erforderlichen Mindestzahl. Ob der Wahlausschuss dem folgt, bleibt abzuwarten. cw

Düngerecht - Kompromiss oder Klage

Gerade hatten die Koalitionspartner CDU/CSU und SPD verkündet, sich bei der letzten offenen Frage innerhalb des Entwurfs zur Neuregelung des Düngerechts geeinigt zu haben – bei der Nährstoffbilanzierung -, da machte die EU-Kommission mit ihrer lange angeordnete Klage gegen Deutschland wegen Verletzung der EU-Nitratrichtlinie ernst. Ende Oktober ging eine 40-seitige Anklageschrift wegen der steigenden Nitratbelastung des Grundwassers beim Europäischen Gerichtshof ein. Der Druck auf die Bundesregierung erhöht sich, nach langen Jahren eine Reform der Düngegesetzgebung abzuschließen, die eigentlich schon 2012 angemahnt war. Fraglich ist, ob die derzeit angestrebten rechtlichen Änderungen der EU Kommission reichen werden. Bestandteil wird nun jedenfalls eine noch nicht näher konkretisierte verbindliche Stoffstrombilanz für viehstarke Betriebe ab 2018 sein. Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt (CSU) lässt die EU-Klage prüfen, schließt Verschärfungen nicht ganz aus, will aber parallel das Verfahren zur Gesetzesänderung weiterlaufen lassen. Als nächstes bedarf es einer Zustimmung des Bundesrates. cw



Wert legen auf Hofleben und Bäuerlichkeit - deutliche Zeichen auch auf der Januardemo in Berlin
Foto: Jasper

„Wer wollen wir sein?“

Öffentliche und eigene Wahrnehmung der Landwirtschaft

Im Niedersachsenhof in Verden, und damit mitten in einem Landvolkneist, warf die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) in Niedersachsen/Bremen mit ihrer Herbsttagung am 23. Oktober große Fragen am Puls der Zeit auf: Wie nehmen sich die Landwirte wahr, wie werden sie wahrgenommen? Wie nimmt die Presse landwirtschaftliche Themen auf, kann sie die Standpunkte unterscheiden? Wie ist die Diskussionskultur und der Umgang miteinander? Und wie wirkt das in Krisenzeiten? „Bauer – Landwirt – Agrarunternehmer/ Wer bin ich und wer will ich sein?“ – so der Titel.

Respekt gefordert

Eingangs referierte die Pastorin für den kirchlichen Dienst auf dem Lande, Ricarda Rabe. Durch ihre Arbeit als Familienbeauftragte ist sie nah dran an den Bauernfamilien, sitzt mit ihnen am Tisch und führt Gespräche. Sie berichtete, wie sie die Situation auf den Höfen erlebt. Der Druck, der auf den Bauernfamilien lastet, zeige sich vermehrt in innerfamiliärer Gewalt, gegenüber Menschen und Tieren. Soziale Probleme, die schon immer da waren, bekämen durch die katastrophale wirtschaftliche Lage und die fehlende gesellschaftliche Wertschätzung und Anerkennung eine neue Schärfe, die Konsequenzen seien öfter Alkoholismus, Depressionen und Burn-out. Die Kirche fordere in dieser Situation dringend mehr Respekt von der Gesellschaft in Wort und Tat. Die Mediensicht auf die Landwirtschaft und deren Image stellte Dirk Fisser von der Neuen Osnabrücker Zeitung vor. Er diagnostizierte, dass die Wahrnehmung landwirtschaftlicher Themen in nichtlandwirtschaftlichen Medien sehr undifferenziert sei und die verschiedenen Positionen nicht

klar genug zur Geltung kämen. Er bemerke, dass es den landwirtschaftlichen Verbänden bisher weder gelungen sei, die Landwirtschaft in ein positives Licht zu rücken, noch sie einfach zu erklären. Dies gelänge auch deshalb nicht, weil im „postfaktischen“ Zeitalter nicht mehr nur die Argumente, sondern viel mehr die Emotionen zur Meinungsbildung beitragen. Fissers Wahrnehmung nach verstehe es die AbL besonders, zu emotionalisieren.

Mutig bäuerlich

Es folgte eine Diskussionsrunde, zu der Jörn Ehlers vom Kreislandvolkverband und Johanna Böse-Hartje vom Bundesverband Deutscher Milchviehhalter (BDM) hinzukamen. Im Verlauf der Diskussion, die sich sehr zugewandt und offen gestaltete, wurden auch die sehr unterschiedlichen Auffassungen zur Imageverbesserung der Landwirtschaft deutlich: Waren die einen für die Öffnung der Ställe, um eine Entromantisierung voranzutreiben, forderten die anderen, sich den Bedürfnissen der Gesellschaft zu öffnen. Es gehe darum, zu versuchen, den Wünschen der Verbraucher entgegenzukommen, z. B. mit Schweinehaltung auf Stroh oder Direktvermarktung.

Die anwesenden Bauern und Bäuerinnen der AbL diskutierten in der interner Mitgliederversammlung anschließend weiter, thematisierten die Notwendigkeit unabhängiger eigener Arbeit bei gleichzeitig wertvoller Bündnisarbeit und stellten fest, dass die AbL als einziger Verband mutig die Strukturfrage stellt und Schlagworte wie „bäuerliches Denken“ und „Kultur“ Bestandteil des politischen Engagements sind.

Lea Unterholzner, Geschäftsführerin
AbL-Niedersachsen/Bremen

Betriebsspiegel:

Biobetrieb
135 ha Grünland
30 ha Acker
130 Limousin-Mutterkühe mit Kälbern plus Nachzucht

Ich liebe die 40-Stunden-Woche so sehr, dass ich sie zweimal mache“, prahlt ein Bauer. Beeindrucken kann er mich damit nicht. Eine 80-Stunden-Woche ist für mich kein erstrebenswerter Zustand, mit dem ich angeben würde. Ich bin auf einem Hof groß geworden und weiß, dass es für viele Bäuerinnen und Bauern Alltag ist, von früh bis spät zu arbeiten. Doch sollte das nicht eher die Ausnahme als die Regel sein?

In meiner Vision vom eigenen Betrieb habe ich Feierabend und Urlaub. Es liegen keine Fachzeitschriften oder Rechnungen auf dem Küchentisch, mein Büro ist außerhalb des Wohnhauses. Ich sei also für das Leben auf einem Bauernhof nicht gemacht, höre ich dann immer wieder. Naiv und unrealistisch seien meine Vorstellungen. Bedeutet Bäuerin zu sein also, auf Freizeit, Urlaub und Freunde zu verzichten? Eigentlich bin ich Landwirtin geworden, um nicht auf diese wichtigen Dinge verzichten zu müssen. Landwirtschaft bedeutet für mich vielmehr, die Freiheit zu haben, mein Leben nach meinen Vorlieben zu ge-

stalten. Draußen in der Natur, mit der Erde und den Tieren zu arbeiten, schätze ich sehr. Natürlich wird es Zeiten geben, in denen mich mein Hof sehr viel Zeit und Energie kosten wird. Doch bei aller Liebe zur Landwirtschaft möchte ich nicht vergessen, auch zurückzutreten und ein Leben außerhalb des Hofes zu haben. Ich weiß, wie schwierig es ist, sich aus der Arbeit loszureißen, wenn man weiß, dass es sonst niemand tut. Deshalb möchte ich mir von vornherein klare Ziele definieren. Und so gehört zu meinen Zielen, nach der Hofübernahme nicht nur ein zusätzliches Einkommen zu erwirtschaften, sondern

auch einen klaren Feierabend und ausreichend Urlaub zu haben. Wie das funktionieren soll? Nach dem Einstieg in den Betrieb meines Vaters möchte ich eine Direktvermarktung aufbauen. Mir ist wichtig zu wissen, wer die Abnehmer meiner Produkte sind. Außerdem erhoffe ich mir, kommunizieren zu können, welchen qualitativen und monetären Wert die Lebensmittel haben. Die Sicherung eines angemessenen Einkommens ist unerlässlich für bäuerliche Betriebe. Auch möchte ich mich nicht unabhkömmlich machen, sondern alle alltäglichen Arbeiten abgeben können. Ein anderer wichtiger Aspekt wird die Trennung von Familien- und Arbeitszeit sein. Selbstverständlich werde ich auf einem Bauernhof nicht nach acht Stunden Arbeit die Forke fallen lassen und mich in die Hängematte legen. Dass ich nach getaner Arbeit aber wirklich Feierabend mache und nicht zum Einschlafen Fachzeitschriften durchblättere oder Akten auf dem Küchentisch sortiere, sollte realisierbar sein. Es wird ein Spagat sein zwischen meiner Leidenschaft für die Landwirtschaft und der Zeit für Spaß an anderen Dingen, das weiß ich. Aber diesen Wechsel zu haben und immer wieder Abstand zu gewinnen, ist mir wichtig für meine Hofübernahme – und für ein zufriedenes Hofleben.

*Elisabeth Fresen,
Verden an der Aller*

Hof-Leben gestalten

Anfang November: Nach zwei Jahren Abwärtsspirale gibt es endlich mal positive Nachrichten vom Milchmarkt. Infolge des Mengenreduzierungsprogramms, aber leider auch durch viele Betriebsaufgaben ist die Milchmenge in Deutschland und in der EU um wenige Prozent zurückgegangen, und schon tritt ein, was von der an Niedrigpreisen interessierten „Gegenseite“ immer bestritten wurde: Die knappere Menge führt zu überproportional steigenden Preisen. So lese ich es auch am Morgen nach dem Melken in unserer Tageszeitung: Aldi erhöht die Trinkmilchpreise um ca. 20 Cent, andere Handelsketten werden nachziehen. Hoffentlich kommt davon jetzt auch möglichst viel möglichst schnell bei uns Milchbauern an! Aber kurze Zeit später wird die Freude schon wieder getrübt; Mein Nachbar Reinhold ruft aufgebracht an, denn in derselben Tageszeitung wie die Aldi-Meldung steht auch eine doppelseitige Anzeige eines kleineren regionalen Einzelhandelsunternehmens, und das Lockangebot ist ausgerechnet heute Milch mit 1,5 % Fettgehalt für 33 Cent! Ein Schlag ins Gesicht für die Milchbauern! Reinhold ist außer sich: „Wenn meine Frau nicht mit dem Auto unterwegs wäre, würde ich sofort in die Stadt fahren und mit einer Mistforke die Palette mit dieser Billigmilch durchlöchern! Sollen sie mich doch anzeigen, groß kann der Schaden nicht sein – bei dem Preis!“ Jetzt bewähren sich die Proteststrukturen, die wir in den letzten zwei Jahren aufgebaut haben. Die Anzeige wird fotografiert und in unsere WhatsApp-Gruppe gestellt, nicht ohne die Idee mit der Mistforke



Mit Telefon und Mistforke

zu erwähnen, und gleich beginnt eine angeregte Diskussion, wobei sofort die Frage auftaucht: Von welcher Molkerei kommt diese Milch? Ich habe leider einen wichtigen Termin, sonst wäre ich gleich zum betreffenden Geschäft gefahren. Am Nachmittag rufe ich meinen BDM-Kollegen Steffen an und erfahre Folgendes: Er ist tatsächlich, bewaffnet mit einer Mistforke, in den Laden marschiert, wurde aber dort schon erwartet, und eine Verkäuferin führte ihn zur Milchabteilung. Dort stand Trinkmilch verschiedenster Sorten, aber kein Sonderangebot für 33 Cent. Stattdessen ein leerer Regalmeter mit dem Aushang: „Wegen der Preiserhöhung für Trinkmilch und aus Solidarität mit unseren Milchbauern haben

wir das Angebot zurückgezogen. Wir bitten um Ihr Verständnis.“ Was ist passiert? Reinhold hat zum Telefon gegriffen und nicht locker gelassen, bis er den Inhaber des Geschäfts selber dran hatte. Dem hat er dann den Besuch von Bauern mit Forken und eine Anzeige wegen Verkaufs unter Einstandspreis angedroht. Der Händler, dem wohl das Zusammentreffen seines Angebots mit der Preiserhöhung nicht bewusst war, hat sofort reagiert und die Billigmilch entfernen lassen. Eindrucksvoll, dass ein einzelner wütender Bauer, der anruft, so viel bewirken kann – aber nur, weil wir uns mit unseren Aktionen in der Region Respekt verschafft haben und jeder weiß, dass es nicht bei Ankündigungen bleibt! Übrigens: Wahr-

scheinlich überflüssig, es zu sagen, aber die Milch kam natürlich vom DMK!

*Ottmar Ilchmann,
Klostermoor*

Betriebsspiegel:

60 ha Land,
davon 25 ha Acker: Weizen, Hafer,
Mais, Klee gras, Zwischenfrüchte,
Rest Grünland
60 Kühe und weibliche Nachzucht
40.000 € Verlust in den letzten zwei
Jahren

Alles unter Kontrolle?

Digitale Landwirtschaft ist die neueste Sau, getrieben durchs mediale Dorf

Das war's

Nun ist das Jubiläumsjahr schon wieder vorbei, die Unabhängige Bauernstimme wird es auch im 41. Jahr geben. Umso sicherer wird dies, wenn noch mal mehr Leute sie mit zu Veranstaltungen nehmen und Menschen in die Hand drücken, die sie dann hoffentlich abonnieren. Veranstaltungspäckchen verschickt gerne das Abl-Büro in Hamm. Übrigens gibt es auch noch Jubiläumsposter dort zu bestellen. cs

Etwas Neues muss her. Landwirtschaft soll raus sowohl aus der Ecke des arbeits- und entbehrungsreichen Hinterwäldlertums als auch aus der der tierquälerischen und umweltverschmutzenden eiskalten Industrieproduktion. Vielleicht ist so zu erklären, warum „Smart Farming“ gerade veranstaltungstechnisch und medial so gehypt wird. Die neue Grüne Revolution, in der Landmaschinenelektronik eine schier unendliche Datenflut sammelt und diese von Computer-Software zu Managementrezepten verknüpft wird, scheint die Versöhnung zwischen Ökonomie und Ökologie plus eine Aufwertung des landwirtschaftlichen Arbeitsplatzes gemessen an mehrheitsgesellschaftlichen Idealen. Innovativer und weiter als die Autoindustrie in Sachen autonomes Fahren sei Landwirtschaft 4.0, sind sich die Fachleute einig. Es geht um die Sammlung und intelligente Verwendung von Big Data: Bodenbeschaffenheiten, Versorgungsparameter der Pflanzen und Tiere, Erntemengen, Erfahrungswerte aus Ackerschlagkarteien vergangener Jahre, Wetterdaten, Sorteneigenschaften werden zum einen von modernen Landmaschinen – fast die Hälfte aller in Deutschland laufenden Maschinen können so etwas – zum anderen durch Anwender und Spezialsoftware gesammelt und kombiniert. Einer der Vorreiter in Sachen Software, die Climate Corporation, hat sich auf die Fahnen geschrieben, „die Landwirte aus dem Zeitalter der Intuition ins Zeitalter der analysebasierten Entscheidungen zu bringen“, so lässt sich einer ihrer Köpfe zitieren. The Climate Corporation formuliert tatsächlich den



Digitale Landwirtschaft 1.0

Foto: Archiv

Begriff Rezeptlandwirtschaft, da sie zum individuellen Konzept auch die Betriebsmittel liefern will: Schließlich ist sie eine Tochter von Monsanto. Und auf der Technikseite gibt es eine enge Verknüpfung mit John Deere.

Kein Netz

Digitalisierung führe zu einer stärkeren Abhängigkeit der Landwirte von Herstellern von Saatgut, Agrarchemie und Landtechnik, das sagte unlängst in der Wochenzeitung Die Zeit jemand, den man nun nicht unbedingt für einen kritischen Geist in der Sache halten würde. Martin Richenhagen, Chef des Landtechnik Konzerns Agco, zu dem Massey Ferguson wie auch Fendt gehören, möchte – natürlich nicht ganz uneigennützig – offene Kombinationsmöglichkeiten der Informationssysteme aller Firmen, auch, weil „es für die Bauern besser wäre“. Das sei allerdings nicht die vonstattengehende Entwicklung, so Richenhagen. Neben dem Konglomerat von Monsanto/JohnDeere gibt es ein weiteres: Landtechnik Konzern Claas und sein Softwarekonzept 365FarmNet kooperieren mit dem Saatgutunternehmen KWS und dem Allianz-Versicherungskonzern. Und auch die Baywa ist gerade in ein Softwareunternehmen eingestiegen. Richenhagens Agco will mit allen zusammenarbeiten können; ob es gelingt, davon hängt auch ab, wie schnell sich tatsächlich enge

Abhängigkeiten entwickeln. Der Markt für digitale Landtechnik wächst jedes Jahr zweistellig, momentan scheinen das größte Problem in Deutschland noch die vielfach vorhandenen Lücken in Sachen schnelles Internet auf dem Land zu sein, die natürlich für eine reibungslose Datenkommunikation tödlich sind.

Analoger Blick

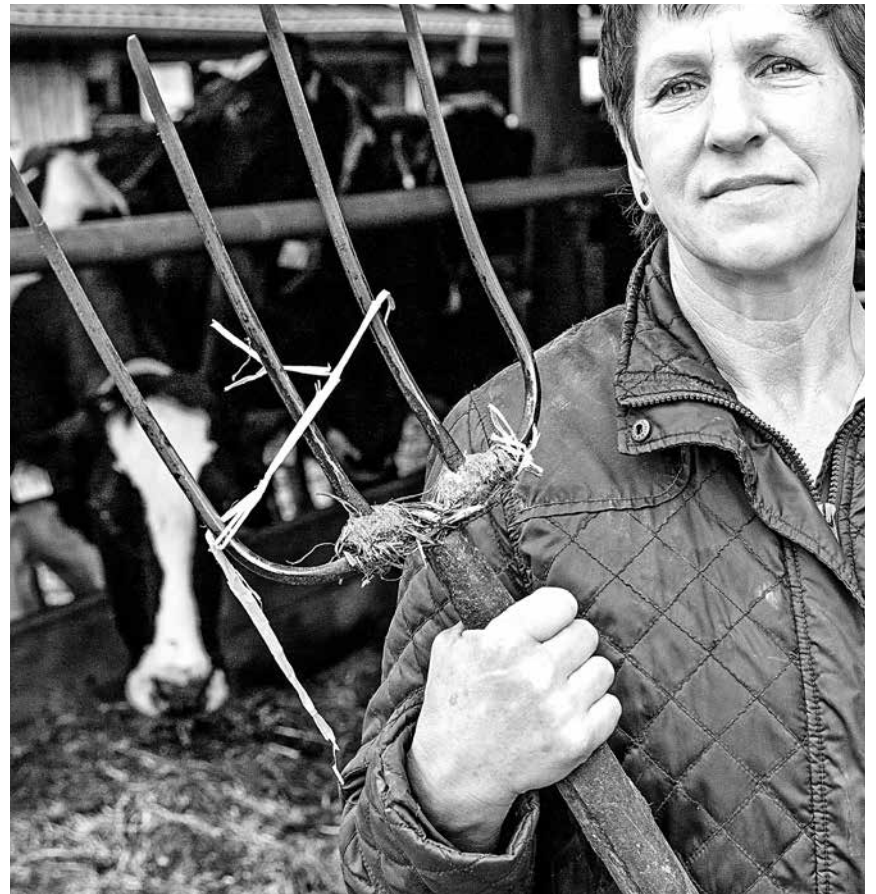
Auch eine Imagekampagne ist die digitale Landwirtschaft. Sie kann tatsächlich effektiver und damit schonender mit Ressourcen umgehen und sie kann tatsächlich den Arbeitsplatz Bauernhof für technikaffinen Nachwuchs attraktiver, gesundheitsschonender und effizienter machen. Sie muss es aber nicht. Sie birgt die Gefahr, dass der Sinn und die Fähigkeit für „analoge“ Tier- und Pflanzenbestandsbeobachtung, deren Rückgang gerade bei jungen landwirtschaftlichen Einsteigern häufiger von Ausbildern beklagt wird, nicht gerade gestärkt werden. Was sie definitiv stärkt, ist die Abhängigkeit der Bauern und Bäuerinnen von Konzernen. Umso mehr, wenn die sich weiter konzentrieren. Aber das ist ja nichts Neues, schon 1978 in einer der ersten Bauernstimmen stand folgender, fast prosaisch anmutender Satz: „Hinter dem Rücken von Bauern und Verbrauchern hat sich das Reich der Agrar- und Lebensmittelkonzerne aufgetürmt, das längst außer Kontrolle geraten ist.“ cs



Zeitlos aktuell: Bauernstimme und Karohemd

Foto: Archiv

Verantwortlich handeln – da sind im Agrarbereich als Akteure sowohl die Bäuerinnen und Bauern, als auch ihre Marktpartner und die Politikvertreter angesprochen. Für Bäuerinnen und Bauern geht es darum, Eigenverantwortung zu übernehmen und dazu auch Einflussmöglichkeiten für ihre Interessen einzufordern und zu nutzen. Verarbeiter und Lebensmittelhandel müssten verantwortlich mit ihren Lieferanten umgehen statt alle Risiken von Wettbewerbs- und Exportanstrengungen abzuwälzen – denn ohne Erzeuger kein Produkt, keine schönen Werbebilder, kein verbessertes Nutztierwohl oder verstärkte Ökologisierung. Nicht zuletzt ist es an den PolitikvertreterInnen dafür zu sorgen, dass verantwortliches Handeln aller Beteiligten möglich ist – und eingefordert werden kann. Nur so kann von fairen Marktbedingungen die Rede sein. Auf dem Milch- und Fleischmarkt brauchen die Erzeuger Handlungsmöglichkeiten, um ihre Interessen gerade bei Preiskrisen durch Mengenüberangebote sowohl kund zu tun als auch durchzusetzen. Selbst verantwortlich sind sie, bestehende Chancen auch zu nutzen, sich einzubringen, für marktkonformes Verhalten zu streiten – und bei all dem auf ihrem Hof konsequent zu handeln, z.B. stärker auf Qualität und eigene Ressourcen setzen statt auf Menge und Abhängigkeiten von Inputs und Einfluss der Agrarindustrie. Wichtig für ein aktives Handeln sind auch ausreichend Informationen und entsprechende Transparenz, z.B. am Bodenmarkt.



Milchpreise steigen, doch das System bleibt

Es gibt keine Instrumente, mit denen die Bauern in der Krise den Preis stabilisierend handeln können

Was sich schon seit längerem bei Käse, Butter und nicht zuletzt durch einen deutlichen Anstieg der Spotmarktpreise auf teilweise über 40 Cent ankündigte, ist auch im Supermarkt Realität geworden. Der Milchpreis steigt. Allen voran hat der für seine scharfen, Preis drückenden Verhandlungen bekannte Discounter Aldi den Verkaufspreis für Frischmilch deutlich angehoben. Von beschämenden 42 Cent pro Liter fettarmer Frischmilch auf 60 Cent je Liter. Bei Vollmilch stieg der Preis um 19 Cent auf jetzt 65 Cent pro Liter. Auch für verschiedene andere Milchprodukte stiegen die Preise. Inzwischen haben weitere Unternehmen nachgezogen. Damit ist die seit einem halben Jahr anhaltende extreme Tiefpreisphase zumindest vorläufig zu Ende. „Jetzt müssen Handel und Molkereien sicherstellen, dass das Geld der Verbraucher auch voll und ganz bei den Milchbauern und Bäuerinnen ankommt, die über zwei Jahre lang mit absoluten Niedrigstpreisen abgespeist worden sind“, forderte Ottmar Ilchmann, stellvertretender Bundesvorsitzender der AbL, an die Zentralen der Handelsketten und Molkereien gerichtet. Weder die Handelsketten noch die Molkereien, sondern allein die Bauern hätten unter den ruinös niedrigen Preisen der letzten zwei Jahre gelitten. Auf den Höfen ist

indes noch wenig von den Preiserhöhungen zu spüren. Deutschlands größte Molkerei DMK hat ihren Bauern einen Preis um 30 Cent ab November in Aussicht gestellt.

Mengensteuerung

Bisher allerdings haben die DMK-Lieferanten davon nur wenig gesehen. Im Oktober zahlte der Konzern ca. 25,5 Cent, nachdem er mit seinen Auszahlungspreisen viele Monate bei ca. 20 Cent am unteren Ende der Milchpreisskala gelegen hatte. Der positive Trend am Milchmarkt geht auf einen Rückgang der Angebotsmenge zurück. Mit dem Auslaufen der Milchquote im April 2015 hatten viele Betriebe ihre Liefermengen gesteigert. Molkereien hatten schon im Vorfeld zur Produktionssteigerung ermutigt. Auch ohne Milchquote hatten Betriebe noch vor dem Quotenende ihre Ställe vergrößert, nicht selten die Tierzahl verdoppelt. Den Molkereien konnte dies nur recht sein. Viel Rohstoff zum günstigen Preis. Dass die Milchbauern über die ruinösen Erzeugerpreise klagten, Politiker um Instrumente zur Steuerung der Angebotsmenge rangen, ließ die Molkereikonzerne kalt. Sie seien Teil der Kette und hätten keine Einflussmöglichkeit. Ganz anders als bei FrieslandCampina, die eine geregelte Mengenreduzierung durchführte, indem sie die Beibehal-

tung bzw. Reduktion der Liefermenge belohnte, hat das DMK seine Lieferanten einem unkontrollierten Strukturwandel preisgegeben. Inzwischen, so ist zu hören, fehlen bis zu neun Prozent der Lieferanten. Der Rückgang ist so drastisch, dass das Unternehmen im vergangenen Monat seine Kunden über Lieferengpässe und Ausfälle informieren musste. Viele Betriebe hatten vor dem Hintergrund, monatlich mit der Milch Verluste zu machen, den Betriebszweig oder den gesamten Betrieb eingestellt. Zusätzlich sind die Inhaltsstoffe zurückgegangen, zum einen sicherlich jahreszeitlich bedingt, aber wohl auch durch Verminderung der Kraftfuttergaben, die den Betrieben schlicht zu kostenintensiv sind.

Die persönlichen Schicksale und der verstärkte Strukturwandel spielen keine Rolle in der Erklärung des Milchindustrieverbands für den deutlichen Preisanstieg. Die Milchmenge in Europa sei saisonal bedingt niedriger, auch auf dem Weltmarkt sei das Aufkommen gesunken, zählte ein Sprecher auf. Hinzugekommen sei der Aufkauf von Magermilchpulver durch die EU. Dem stünden stabile Absätze von Milchprodukten bei Verbrauchern und Industrie gegenüber.

Der Bundesverband deutscher Milchviehhalter (BDM) fordert klare Perspektiven für die Milchbauern, damit diese

sich für eine Fortsetzung der Milchproduktion entscheiden können: Nur wenn auf politischer Ebene glaubhaft daran gearbeitet wird, dass sich Krisen wie die aktuelle nicht in schneller Folge und mit ähnlicher Intensität wiederholen, haben die Milchviehhalter die Perspektive, ihre Betriebe wirtschaftlich nachhaltig in die Zukunft führen zu können. Doch gerade dieses Engagement sucht man zumindest an der Spitze des Bundeslandwirtschaftsministeriums vergebens. Christian Schmidt, der moderierende Minister, versucht beständig alle Beteiligten an einen Tisch zu holen, unabhängig ob es um Milch, Tierschutz oder das gesellschaftliche Bild der Landwirtschaft geht.

Reden, bloß nicht handeln

Er schafft Begegnung, die Lösung sollen die Beteiligten aber bitte schön selbst finden. Beim runden Tisch Milch allerdings wählte das Ministerium dann doch sorgfältig aus. Die Verbände, die eine Mengenreduktion einfordern, die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft und der Bundesverband deutscher Milchviehhalter, wurden gezielt nicht eingeladen! Damit wurde gerade jenen Bauern die Tür vor der Nase zugeschlagen, die bereit wären, Verantwortung für ihre Produktion

Bürgerentscheid für Milchbauern

Bauern sollen über eine Mengenbegrenzung der Molkereien abstimmen, fordert Graefe zu Baringdorf

Bauernstimme: In der EU-Kommission sieht man die Milchkrise 2014-2016 als eine Zäsur für die bisherige Liberalisierungslinie der Agrarpolitik. Die EU gibt fast eine Milliarde zur Schadensbegrenzung aus und bindet das z.T. an eine Mengenbegrenzung. Anlass zur Hoffnung?

F.-W. Graefe zu Baringdorf: Dass der Preis absacken würde, war vorhersehbar. Molkereien, Banken und die Bundesregierung hatten sich abgesprochen, zum Ende der Quote gezielt Betriebe ins Wachstum zu schieben. Die neuen Ställe kamen wie Pilze aus dem Boden, mit 40 Prozent staatlich subventioniert, und die Molkereien haben ihnen die Abnahme der Milch garantiert und die Mehrmengen sogar besser bezahlt. Das Ergebnis kennen wir: Überproduktion und Preiszusammenbruch. Die Lösung von Milchindustrie und Bauernverband: Strukturwandel.

Bundesminister Schmidt will jetzt eine Branchenorganisation.

Schmidt hat die Molkereiverbände und den Bauernverband dazu eingeladen,

die Bauern nicht. Wenn der Bauernverband die Bauern vertreten soll, wird der Bock zum Gärtner gemacht. In der Krise hat er nichts unternommen, um die Milcherzeuger gegenüber den Molkereien zu unterstützen, im Gegenteil. Die Bauern haben gegen ihn immer wieder Aktionen machen müssen, damit die Länder-Agrarminister den Ernst der Lage erkannten und die Forderung nach Mengenbegrenzung übernommen haben. Der Bauernverband hat weiter runtergebetet, dass technisch-praktisch nicht geht und keine Wirkung auf den Preis hat. Dieses ganze Gerede wurde vom Tisch gewischt, als Friesland-Campina zum 1. Januar 2016 den Bonus für Mengenbegrenzung einführte.

Also, die Branche kann es doch.

Die Molkereien können es, aber unsere Molkereien haben alle Forderungen, es der größten niederländischen Molkereien nachzumachen, kategorisch abgelehnt. Die Milcherzeuger des Milchkontors DMK setzten eine Sondersitzung durch, aber das Management

bügelte alles ab. Wenn man Genossenschaften und den Bauernverband zur Branchenorganisation erklärt, werden die Machtverhältnisse zulasten der Milcherzeuger noch zementiert.

Was dann?

Die Bauern müssen das Recht für die erste Entscheidung darüber bekommen, ob in der Krise die Molkerei die Menge aktiv begrenzen soll. Wir brauchen eine Art Bürgerentscheid für Milcherzeuger, im EU-Recht verankert. Sobald die Brüsseler Milchmarktbeobachtungsstelle feststellt, dass eine schwerwiegende Krise droht, werden die Milcherzeuger aufgerufen, darüber abzustimmen, ob die Molkereien mindestens freiwillige befristete Maßnahmen zur Mengenbegrenzung einführen sollen. Wenn ein Mindestanteil der Milchlieferanten dafür stimmt, muss die Molkerei solche Maßnahmen einführen. Bei höheren Stimmenanteilen kann es auch verpflichtende Maßnahmen geben. Entscheidend ist, dass die Milchbauern selbst ihre Verantwortung über die Menge wahrnehmen können.



F.-W. Graefe zu Baringdorf Foto: Archiv

Was ist, wenn die Bauern gegen Mengenbegrenzungen stimmen?

Die Bauern sollen und müssen ihre Verantwortung übernehmen. Dafür muss ein festgelegtes Verfahren eingeführt werden. Seit dem Milchstreik 2008 bis zur Auseinandersetzung in 2016 haben die Molkereien durchgängig die preisdrückenden Folgen einer zu hohen Produktion vollständig bei den Bauern abgeladen. Es ist dringend notwendig, dass die Bauern die Molkereien umgekehrt in die Pflicht nehmen können.

Vielen Dank für das Gespräch!

Das Interview führte Ulrich Jasper

Fortsetzung von Seite 11

zu übernehmen. Mit vielen Millionen aus dem Steuertopf wird eine Struktur gestützt, in der bäuerliche Betriebe, die neben der Milchproduktion vielfältig gesellschaftliche Leistungen erbringen, nicht gewollt sind. Seine gesellschaftlich nicht zu rechtfertigende und vom Bauernverband unterstützte Untätigkeit und Verweigerung in den Milchmarkt einzugreifen, Angebot und Nachfrage in Einklang zu bringen und die Macht der Milchbauern in der Wertschöpfungskette gegenüber Molkereien und dem Lebensmitteleinzelhandel zu stärken, versucht der Minister durch viele Millionen staatlicher Hilfen zu verdecken. „Ich möchte die Gelegenheit auch nutzen, um einmal die staatlichen Hilfen in der aktuellen Marktkrise zu bilanzieren. Im Sommer habe ich hier Hilfen in Höhe von 100 Millionen Euro plus X angekündigt. Heute kann ich Ihnen mitteilen, dass die deutschen Landwirte auf Unterstützung von insgesamt 581 Millionen Euro bauen können, also knapp 600 Millionen Euro“, so resümiert der Bundeslandwirtschaftsminister. Instrumente oder Handlungsanweisungen, wie im Falle einer erneuten Milchkrise gehandelt werden könnten, fehlen komplett. Die allerdings fordert Ottmar Ilchmann: „Damit die einzelnen Milcherzeuger Verant-

wortung für eine vernünftige und faire Preisgestaltung wahrnehmen können, muss der Gesetzgeber ihnen auch die passenden Instrumente an die Hand geben.“ Bundesminister Christian Schmidt könne sich nicht darauf ausruhen, dass er seine langjährige ablehnende Haltung gegenüber Mengen begrenzenden Maßnahmen in den letzten Monaten geändert habe. „Herr Schmidt macht sich einen schlanken Fuß, wenn er die wirtschaftlichen Perspektiven der Milchviehalter nun wieder voll und ganz in die Hände der Milchindustrie und ihrer Verbände legen will.“

Verdienst statt Almosen

Natürlich ist es begrüßenswert, wenn die landwirtschaftlichen Betriebe in der bisher nur leicht abgeschwächten Krise eine staatliche Unterstützung bekommen. Ein positives Zeichen ist es auch, dass Bundesminister Schmidt einen Teil dieser Gelder, 116 Mio. Euro, zur Mengenreduzierung verwendet und den Rest der Hilfen daran gebunden hat, dass die Milchmenge nicht gesteigert wird. Das alles kann aber mitnichten die Milliarden an Verlusten ausgleichen, die den Betrieben entstanden sind. Strukturell bedingtes Marktversagen durch öffentliche Gelder auszugleichen kann kein tragfähiges Zukunftsmodell sein. mm

Zehn Jahre European Milk Board

Die Mitgliederversammlung des European Milk Board (EMB), der Dachorganisation der europäischen Milcherzeuger, fand dieses Jahr im niederländischen Nunspeet statt. Erster Tagesordnungspunkt war wie üblich die Vorstellung der Situation der Milcherzeuger in jedem Mitgliedsland. Vielleicht auch bedingt durch die Krise, aber auch, weil das zehnjährige Bestehen des EMB gefeiert wurde, waren diesmal Delegationen aller Mitgliedsverbände angereist.

Im letzten Jahr gab es noch Länder, in denen die Krise sich weniger stark auswirkte, wo die Kollegen noch wenig Handlungsbedarf sahen, aber jetzt Ende 2016 sind alle Milchbauern europaweit schwer gebeutelt. In einigen Ländern, wie Kroatien und Litauen, haben in den letzten paar Jahren die Hälfte der Milchbauern ihren Betrieb aufgegeben! Es herrschte allgemein Einigkeit darüber, dass die Situation sich momentan zwar etwas entspannt, wir aber noch weit von auskömmlichen Milchpreisen entfernt sind. Trotz der Verringerung der Menge durch viele Betriebsaufgaben und der guten Beteiligung an der Mengenreduzierung mittels Entschädigung – übrigens ein wichtiger Baustein des Krisenkonzepts des EMB, der nun umgesetzt wird – ist zu befürchten, dass bei leicht steigenden Preisen wieder etliche Kollegen mehr melken werden. Wenn dann noch die Auslagerung der Interventionsware dazukommt, kann die Preiserholung schnell wieder vorbei sein, und die europäischen Milcherzeuger gehen vielleicht einer langen Phase mit dauerhaft zu niedrigen Preisen und einem stetigen Substanzverlust entgegen. Dagegen hilft nur Druck auf die Politik, die noch weitere Bausteine für ein Krisenkonzept, wie eine allgemeine Deckelung der Produktion im Krisenfall, installieren muss. Auch die Bündelung und starke Interessenvertretung gegenüber den Molkereien bleibt weiterhin auf der Tagesordnung, denn die weigern sich bisher stur, Verantwortung für den Markt zu übernehmen. Es gab aber auch viele positive Aspekte. Im Rückblick beeindruckten die großen Aktionen des EMB wie die Lieferstreiks 2008 und 2009 oder zuletzt die Demonstration in Brüssel im letzten September immer noch, aber auch die stetige intensive politische Arbeit des EMB bringt durchaus Erfolge. Große Anerkennung fand der starke Einsatz der belgischen Kollegen besonders aus Wallonien gegen das CETA-Freihandelsabkommen. Aber auch spannende Vorträge zur bäuerlichen Milchmarktregelung im französischen Bio-milchsektor oder zum norwegischen Milchmarkt-Management-System machten deutlich: Wenn Bäuerinnen und Bauern die Vertretung ihrer Interessen energisch in die eigenen Hände nehmen, können sie durchaus Märkte mit hohen Qualitäten und auskömmlichen Preisen gestalten. Deshalb wird das EMB auch in Zukunft mit bäuerlicher Solidarität für gute Milchpreise, Marktregeln, eine nachhaltige Milcherzeugung und letztlich für den Erhalt der Bauernhöfe kämpfen!

Ottmar Ilchmann, ostfriesischer Milchbauer und im Bundesvorstand der ABL

Regelung des Bodenmarktes hinkt Entwicklungen hinterher

Politische Handlungsfelder für einen verantwortlichen Umgang mit Land

Deutlich zeigen sich für den Bodenmarkt sowohl Regelungsbedarf auf Grund von Fehlentwicklungen als auch zögerliche bis fehlende politische Aktivität am Beispiel des insolventen börsennotierten Landwirtschaftskonzerns KTG Agrar. Außerlandwirtschaftliches Kapital und überregionale Investoren gewinnen zunehmend Einfluss auf den Bodenmarkt, weil dieser eine sichere Anlage oder sogar Spekulationsgewinne verspricht. Die Bundesregierung habe keine Handhabe, auf die Neuverteilung des KTG-Landbesitzes Einfluss zu nehmen, heißt es in einer Antwort auf eine Kleine Anfrage der Grünen-Bundestagsfraktion. Die nüchterne Feststellung: „Der Finanzbedarf für die Losgröße von Einzelflächen oder ganze Tochtergesellschaften überschreitet in der Regel die Kaufkraft ortsansässiger Landwirte. Im Ergebnis nimmt die Flächenkonzentration weiter zu.“ Die Länder seien zuständig, neue Regelungen zu treffen, und dieser Aufgabe anscheinend nicht nachgekommen.

Eine berechtigte Rüge, denn bisher sind trotz einvernehmlicher Ergebnisse einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe au-

ßer in Niedersachsen keine konkreten Entwürfe für wirksame Ländergesetze auf dem Weg (siehe Artikel Bauernstimme 11/2016). Die bodenmarktpolitischen Ziele sind jedenfalls formuliert: Aufrechterhaltung und Förderung einer breiten Streuung des Bodeneigentums – Vermeidung marktbeherrschender Positionen auf regionalen Bodenmärkten – Vorrang von Landwirtinnen und Landwirten beim Flächenerwerb – Sicherung der Zukunftsfähigkeit der Landwirtschaft – Begrenzung des Anstiegs von Kauf- und Pachtpreisen landwirtschaftlicher Flächen – Vorrang für eine landwirtschaftliche Nutzung der Agrarflächen – Verbesserung der Informationslage sowie der Markttransparenz auf dem Bodenmarkt.

Verkehrte Strukturpolitik

Dennoch könnte auch die Bundesregierung Betätigungsfelder finden. So haben z. B. sowohl der Bund als auch die ostdeutschen Bundesländer bei der Privatisierung ihnen zugefallener Flächen aus dem Erbe der DDR unmittelbaren Einfluss auf diesen Teil des Bodenmarktes. In den jeweiligen Privatisie-

rungsgrundsätzen ist festgelegt, wie die Landvergabe durch die Länder oder für die Bundesflächen durch die Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH (BVVG) durchgeführt werden soll. Bauer Helmut Precht aus Mecklenburg-Vorpommern, Mitglied des Bundesvorstands der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL), hat kein Verständnis für langwieriges Abwägen und bedauernde Worte über fehlende rechtliche Grundlagen: „Nach der Wende galt für die ostdeutschen Bundesländer einfach das alte Grundstücksverkehrsgesetz der Bundesrepublik mit, da wurden keinerlei Anstrengungen unternommen, die kollektivierten Landwirtschaftsbetriebe umzustrukturieren und die Wiedereinrichtung oder Neugründung bäuerlicher Betriebe gezielt zu fördern. Stattdessen wurden große Strukturen in Form von Genossenschaften oder GmbHs als LPG-Nachfolgebetriebe unterstützt. Heute werden die Agrargenossenschaften von Investoren aufgekauft. Das ist neu und so nicht vorgesehen, aber ein Einschreiten gegen Konzentrationsprozesse war eben auch nie vorgesehen.“

Jetzt wird es höchste Zeit, Verfehlungen einer verkehrten Strukturpolitik zu revidieren.“

Schon 1967 hatte das Bundesverfassungsgericht innerhalb einer Beschlussbegründung festgestellt: „Die Tatsache, dass der Grund und Boden unvermehrbar und unentbehrlich ist, verbietet es, seine Nutzung dem unübersehbaren Spiel der freien Kräfte und dem Belieben des Einzelnen vollständig zu überlassen.“ In jüngerer Zeit entstanden 2012 auf Ebene der Vereinten Nationen (UN) mit den Freiwilligen Leitlinien zum Umgang mit Land (Voluntary Guidelines on the Responsible Governance of Tenure of Land, Fisheries and Forests in the Context of National Food Security) Handlungsempfehlungen mit dem Ziel der Grundlagensicherung für die Ernährungssicherheit. Angemahnt werden Transparenz, demokratischer Umgang, Regeln für Investoren und stets Rücksicht auf die Bedürfnisse bäuerlicher Strukturen. Die Bundesregierung hat die Leitlinien anerkannt, aber hauptsächlich in Bezug auf internationale Tätigkeiten verstanden. Erst jetzt, vier Jahre später, scheint sie die Übereinstimmung mit der eigenen Bodenpolitik untersuchen zu wollen.

Investoreninteressen

Seit einigen Jahren finden verstärkt so genannte Share Deals statt. Das sind nicht öffentliche Übertragungen von Bodeneigentum durch Verkäufe von Betriebsanteilen, die zum einen Vorkaufsrechte von Landwirten und zum anderen Grundsteuerzahlungen umgehen. Änderungen im Grunderwerbsteuergesetz sind angedacht, werden von Bund und Ländern verantwortet und stehen noch aus. Außerdem räumt die Bundesregierung in ihrer Antwort auf oben genannte Kleine Anfrage ein: „Investoren [können] über einen Betriebskauf indirekt auch das Recht auf einen Direkterwerb von Flächen der BVVG erlangen.“ Konzernstrukturen werden zudem bisher nicht als Ganzes entsprechend der eigenen Grundsätze berücksichtigt: „KTG als Firmenkonglomerat konnte über seine Filialbetriebe in der Summe [1.000 Hektar] auch mehr Flächen erlangen, als die Privatisierungsgrundsätze einzelnen Betrieben zugestehen, nämlich 450 Hektar in Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen und Thüringen und 100 Hektar



Bodenpolitik im Sinne einer bäuerlichen Landwirtschaftsstruktur anpacken!

Foto: Lemken

„Ausbrechen aus der Rolle des Rohstofflieferanten“

Eberhard Prunzel-Ulrich, AbL-Biobauer und Vorsitzender der Vereinigung norddeutscher Direktvermarktender zu Wegen aus der Preiskrise

Unabhängige Bauernstimme: Warum wird die Förderung der Direktvermarktung gerade ein neuer Schwerpunkt für dich?

Eberhard Prunzel-Ulrich: Direktvermarktung gab es ja schon immer, in unserem Betrieb seit 35 Jahren. Doch die Anzahl der Betriebe nahm in den letzten Jahren kaum zu. Viele Betriebsleiter hören aus Altersgründen auf und es nutzen zu wenig junge Landwirte diese Vermarktungsschiene. Mit der steigenden Nachfrage der Kunden nach regionalen Produkten kommt aber neue Bewegung in den Markt. Und das aktuelle Angebot deckt die Nachfrage bei weitem nicht. Daher findet man im Lebensmitteleinzelhandel (LEH) zur Zeit auch häufig „Etikettenschwindel“.

Wenn die Nachfrage aber da ist und die Preise für Milch oder Schweinefleisch im Keller – warum verändern die Bäuerinnen und Bauern so wenig?

Man hat ihnen jahrelang erzählt, dass sie sich spezialisieren müssen und in der Menge wachsen. Da ist das Umsteuern immer schwieriger. Darüber hinaus sind die Hürden für verarbeitete Produkte recht hoch (Hygienebestimmungen, Lebensmittelüberwachung, Listungsverfahren, Etikettierung), machen viel Arbeit am Anfang und der Erfolg ist nicht immer sicher.

Was könnt ihr den Betrieben anbieten?

Das niedersächsische Landwirtschaftsministerium hat dankenswerterweise ein Projekt zur Förderung der Direktvermarktung für drei Jahre bewilligt. Damit können wir zwei Halbtagskräfte finanzieren, die sich um die Betriebe und neue Absatzwege kümmern. Verbunden ist dies noch mit dem Einsatz heimischer Futtermittel, eine logische Konsequenz, denn diese Qualitätsprodukte haben auf Dauer nur eine Chance, wenn der Verbraucher das am Produkt erkennen kann und dann auch bereit ist, einen höheren Preis zu zahlen.



Am Stand des AbL-Projektes Eiweißfutter aus Niedersachsen auf der der Grünen Woche 2016
Foto: Weißenberg

Wie geht ihr konkret vor?

Wir wollen mit niedrigen Eingangsschwellen die Betriebe zur Verarbeitung ihrer Produkte ermutigen: In Südniedersachsen ist eine mobile Käserei geplant. Da kann sich ein Hof – ohne allzu großen Aufwand – eine Teilmenge seiner Milch verarbeiten lassen und den Käse im persönlichen Umfeld vermarkten. Bei Erfolg lässt sich die verarbeitete Menge beliebig steigern. Fangen mehrere Betriebe in einer Erzeugergemeinschaft o. ä. an, bietet sich für den LEH eine gemeinsame Vermarktung an, bei der aber der einzelne Hof sichtbar bleiben soll.

Ein weiteres Projekt ist die Förderung von kleinen fahrbaren Hühnerställen, am besten auch gleich mit heimischem Futter. Gerade in den Ackerbauregionen dürfte die Vermarktung „vor Ort“ kein großes Problem sein. Für Rind- und Schweinefleisch müssen Partner im Fleischerhandwerk gefunden werden, das braucht noch etwas mehr Zeit.

Aber das sind ja immer nur einzelne Betriebe. Das ist doch noch lange keine „Agrarwende“?

Wir müssen erst einmal mit einzelnen Betrieben erfolgreich sein. Das schafft Vorbilder und macht anderen Mut. Und – wie oben gesagt – die Nachfrage kann zur Zeit nicht bedient werden. Da ist noch Platz für viele Betriebe, die jetzt überlegen, ob es in der jetzigen Situation

überhaupt noch weitergehen kann. Der LEH schätzt die Nachfrage nach (konventionellen) regionalen Lebensmitteln zusätzlich zu den Bio-Produkten auf 20 %. Auch wenn es nur 10 % wären, dieses Segment sollte man doch besetzen – mit echten regionalen Produkten!

Was kann die AbL dabei tun?

Wenn die Höfe sich einmal entschlossen haben, aus ihrer Rolle als Rohstofflieferant auszubrechen, brauchen sie Unterstützung aus der Politik. Flächendeckend sollte es Regionalinitiativen geben, die mit Programmen der Länder unterstützt werden. Und gegenüber dem LEH gemeinsam aufzutreten, damit nicht als Erstes die Preise gedrückt werden, ist von Anfang an wichtig, daher hat sich auch in Norddeutschland unsere Vereinigung gegründet. Die absolute Nähe zum Verbraucher zu haben, sollte zum Alleinstellungsmerkmal der direktvermarktenden Bäuerinnen und Bauern werden. Und die Bauernstimme sollte noch mehr als bisher über pfiffige Ideen berichten und zur Nachahmung anregen. Wir werden versuchen, unseren Teil dazu beizutragen.

Vielen Dank für das Gespräch!

Das Interview führte Anika Berner vom AbL-Projekt Eiweißfuttermittel aus Niedersachsen (EFN)

Fortsetzung Seite 12 unten

in Sachsen-Anhalt.“ Immerhin soll geprüft werden, „wie derartige Fälle künftig verhindert werden können“.

Aufruf zur Konsequenz

Wer es ernst meine, müsse auch handeln, fordert Bauer Precht: „Dann muss man auch mal Pachtverträge für Landes- oder BVVG-Flächen kündigen, die Weitergabe von Altpachtverträgen mit Kaufoptionen aus den 90er Jahren bei Betriebsübernahmen ausschließen und Verkäufe versagen.“ Die Untersuchungen des Landes Brandenburg, ob in den letzten Jahren genehmigungspflichtige Landkäufe nach dem Grundstücksverkehrsgesetz durch KTG-Gesellschaften getätigt wurden, die anschließend von Investoren übernommen wurden, begrüßt Precht ausdrücklich. Er fordert seinen Landesagrarni-

nister Till Backhaus (SPD) auf, ebenfalls Verträge und eventuelle Klauseln zum Weiterverkauf von Landesflächen u. ä. zu überprüfen und ggf. Landwirten ihr Vorkaufsrecht einzuräumen.

Transparentere Entscheidungen

Mario Reißlandt aus dem Vorstand des Bündnisses Junge Landwirtschaft hat seit seiner Betriebsneugründung in Brandenburg Erfahrungen mit der Flächenvergabe durch die BVVG. Er hat bei mehreren Ausschreibungen mitgeboten, konnte aber nur in einem Fall Land kaufen, in einem anderen Fall pachten. Seine Verbesserungsvorschläge: „Vor allem eine höhere Transparenz der Entscheidungen ist wünschenswert. Es ist völlig unklar, wie die höchsten Gebote zueinander stehen oder warum in welchen Fällen verpachtet statt verkauft wird. Mit einem Pachtvertrag für sechs Jahre habe ich

keine Planungssicherheit und weitere Betriebspartner für die geplante Bio-Höfegemeinschaft bekomme ich so nicht.“ Nach den Privatisierungsgrundsätzen sollen sich Entscheidungen der BVVG „in erster Linie von wirtschaftlichen Gesichtspunkten des Einzelfalls, die sich aus den konkreten Pacht- und Kaufgeboten sowie der erwarteten Wertentwicklung ergeben, leiten lassen. Entscheidungsrelevant ist insoweit die erzielbare Bestandhaltungsrendite. Sie ergibt sich aus der Pachtrendite und der erwarteten Wertentwicklung.“ Mit anderen Worten: Im Widerspruch zu den bodenmarktpolitischen Zielen fordert hier der Bund aus wirtschaftlichen Gründen bei der Bewertung von Kaufgeboten steigende Bodenwerte einzukalkulieren – d. h. zu spekulieren.

Bäuerliche Vergabekriterien

In Teilen wurden an den Privatisie-

rungsgrundsätzen in den letzten Jahren auf Grund massiver Kritik zumindest kleine Änderungen vorgenommen: Der Zeitraum zur Veräußerung der Flächen wurde bis 2030 verlängert, die Losgrößen zur Flächenvergabe sind mittlerweile auf bis zu 15 Hektar reduziert und ein Anteil von 30 Prozent der jährlichen Ausschreibungen findet beschränkt zu Gunsten von arbeitsintensiven Betrieben, Ökolandbau und Jungbauern und -bäuerinnen fordert inhaltliche Kriterien einzuführen, die agrarpolitischen Zielen entsprechen. Bei der Vergabe von staatlichen Flächen oder Kaufgenehmigungen im Rahmen des Grundstücksverkehrsgesetzes könnte dann zukünftig verbindlich Vorrang für bäuerliche Betriebsstrukturen und -neugründungen sowie z. B. ökologischere Bewirtschaftungsformen gewährt werden.

cw

Die Saatgut-Züchtungsleistung der Bauern anerkennen!

Die UPOV diskutierte Bauern- und Züchterrechte

An den Herbstterminen des Internationalen Sortenschutzabkommens UPOV in Genf nahmen diesmal mehr Vertreter von Bauernorganisationen und der Zivilgesellschaft teil als üblich, denn es gab zwei öffentliche Veranstaltungen. Die eine betraf das Verhältnis zwischen bäuerlichen Rechten im FAO-Saatgutvertrag und den Züchterrechten im UPOV-Sortenschutz, die andere befasste sich mit möglichen Definitionen von Erntegut und Vermehrungsgut im Sortenschutz. In den UPOV-Übereinkommen gibt es keine Definitionen von Ernte- bzw. Vermehrungsgut. In einigen nationalen Umsetzungsregelungen sind Definitionen von Vermehrungsgut enthalten, die sich stark unterscheiden: Einige, wie die EU, definieren es eher nach der potentiellen Nutzung, andere nach der tatsächlichen Nutzung. Die Industrieverbände, allen voran CIO-PORA (International Community of Breeders of Asexually Reproduced Ornamental and Fruit Plants, Gemeinschaft der Züchter vegetativ vermehrbarer Zier- und Obstpflanzen), drängen auf eine Erläuterung. Solche Erläuterungen sind zwar nicht rechtsverbindlich, aber dienen bei Rechtsstreits als Richtschnur. CIO-PORA würde gern praktisch alles Erntegut, mit Ausnahme des nicht vermehrbaren Materials, als potentielles Vermehrungsgut dem Sortenschutz unterwerfen.

Während der Vertreter der COPA-COGECA, Thor Koefoed, den Züchtungsfortschritt lobte und die Bedeutung der Kleinbauern herunterspielte, wies Guy Kastler von Via Campesina Europa darauf hin, dass es einen Angriff auf die Ernährungssicherheit bedeutet, wenn man Kleinbauern, die oft gar kein Saatgut kaufen können, daran hindert, Saatgut selbst zu produzieren.

Ungleichgewicht

La Via Campesina und zivilgesellschaftliche Organisationen kritisieren seit langem das Ungleichgewicht zwischen den bäuerlichen Rechten im FAO-Saatgutvertrag und den Züchterrechten im UPOV-Sortenschutz. Nach Ansicht von Szonja Csörgö, European Seed Association (ESA), besteht kein Konflikt zwischen Züchterrechten und bäuerlichen Rechten. Bram de Jonge von OXFAM widersprach: Das in UPOV91 eingerichtete Landwirteprivileg ist keinesfalls gleichzusetzen mit den bäuerlichen Rechten im Saatgutvertrag. Er kritisierte, dass über enge

Definitionen wie „private und nicht-kommerzielle Nutzung“ sowie „Subsistenzlandwirtschaft“ das bäuerliche Saatgutssystem stark eingeschränkt wird. Einen fließenden Übergang zwischen dem Anbau ausschließlich für den eigenen Bedarf, der praktisch kaum vorkommt, und der Vermarktung sieht UPOV in seiner völligen Verständnislosigkeit für landwirtschaftliche Entwicklung nicht vor. De Jonge berichtete, dass im Globalen Süden weiterhin ca. 80 % des Saatguts aus eigener Ernte oder vom lokalen Markt kommt. Auch industrielle Sorten erreichen die Kleinbauern über den lokalen Markt. Nutzung, Tausch und lokale Vermarktung von Saatgut sind das Rückgrat des bäuerlichen Saatgutsystems.

Bauernrechte verletzt

Sangeeta Shashikant, Third World Network, zeigte anhand der Beispiele Philippinen und Malaysia, dass das UPOV-Sekretariat bisher jede vorgeschlagene nationale Ausnahmeregel für Kleinbauern zurückgewiesen hat. Sie kritisierte außerdem den völligen Mangel an Anerkennung für die Züchtungsleistungen der Bauern. UPOV91 schließt andere Kriterien als „unterscheidbar, einheitlich, stabil“ ausdrücklich aus. Konflikte entstehen auch durch die mangelnde Anerkennung für die Erhaltung der genetischen Vielfalt durch lokale Gemeinschaften. Züchter erhalten dagegen Rechte schon bei kleinsten Änderungen an einer Sorte, während bäuerliche Sorten nicht geschützt werden können, weil sie die UPOV-Kriterien nicht erfüllen. Das traditionelle Wissen über Züchtung und Samenbau, das bewahrt werden müsste, geht verloren. Das bäuerliche Recht auf Teilhabe an politischen Entscheidungen ist gerade in letzter Zeit besonders verletzt worden. Auch die Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) in Deutschland hatte in einer Studie herausgestellt, dass UPOV die Umsetzung der bäuerlichen Rechte nicht nur nicht fördert, sondern sogar behindert. In den Debatten wurde deutlich, dass einige Länder bei UPOV78 geblieben sind trotz Gelegenheit zum Beitritt zu UPOV91. Die meisten Mitglieder des FAO-Saatgutvertrags sind UPOV nicht beigetreten. Beispielsweise wurde aus Norwegen berichtet: Das Land bleibt beim UPOV78 und tritt dem UPOV91 nicht bei. Norwegen erfüllt das Nagoya-Pro-

tokoll und hat den Herkunftsnachweis im Sortenschutz und im Patentrecht eingeführt. Ein Betrag von 0,1 % der Saatgutverkäufe wird an den Ausgleichsfonds des FAO-Vertrags überwiesen. Norwegen unterstützt partizipative Züchtung, gemeindliche Saatgutbanken und andere Aktivitäten zur Erhaltung und nachhaltigen Nutzung von landwirtschaftlicher Vielfalt. Ziel muss also sein, ein WTO-konformes Sortenschutzrecht mit den Verpflichtungen des Saatgutvertrags zu vereinbaren. In den nachfolgenden Verhandlungen beschlossen die UPOV-Mitglieder, Vorschläge von Mitgliedern und Beobachtern für mögliche Folgeaktivitäten zu sammeln.

Susanne Gura, APBEBES, ein internationales Netzwerk von zivilgesellschaftlichen Organisationen im Saatgutbereich, www.apbrebes.org.



Genf: Geburtsstadt von Aufklärer Jean-Jacques Rousseau, Schauplatz von Bauernrechtsdebatten
Foto: Heinemann/pixelio

IGN zu Gast bei UPOV in Genf

Genf ist ein Drehkreuz internationaler Politik, von UNO, Hilfsorganisationen, WTO etc.. Hier ist das Leben teuer und nicht vergleichbar mit meinem Heimatort Bekond an der Mosel. Hier waren wir jetzt in den noblen Hallen, in denen über unser Erntegut debattiert wird. Es wird in kleinste Teile geteilt, nicht nur Samen, sondern auch DNA, DNS, Keimplasma, Vererbungssubstanz, Pflanzenteile, Zellen usw.. Hier versuchen die Giganten am Saatgutmarkt sich Rechte aufzuteilen und den UPOV-Verantwortlichen mit Hilfe von Biologen, Rechtsanwälten, Forschern und Politikern die Notwendigkeit der Rechte am Saatgut in ihr Denken einzuprägen. Vielleicht ist es im Vorfeld wichtig zu wissen, dass es weltweit 460 Millionen bäuerliche Betriebe, in 111 Ländern gibt. Davon bewirtschaften 72% weniger als 1ha Ackerfläche, 94% weniger als 5ha. In Äthiopien sind 88% des Getreides, welches angebaut wird, Landrassen. Insgesamt zeigen uns diese Zahlen, dass die Vielfalt der Natur weltweit nicht von den großen Züchtern bestimmt wird, sondern lediglich von den kleinen Bauern, die vom Austausch der traditionellen Sorten leben. Augen aufmachen auf dem Acker ist angesagt, gucken, wo wächst was am Besten, angepasst an die Region. Bei dem Seminar in Genf ging es eben um die wechselnden Beziehungen zwischen Landwirten und Züchterrechten. Die internationalen Züchterfirmen sehen nur sich und ihre Produkte. Sie sehen nicht, dass das Ursprungsmaterial von unseren Vorfahren über Jahrtausende zu dem gemacht wurde, was es heute ist. Die Züchterhäuser möchten jetzt das Züchtungsprivileg einschränken. Die Züchter beklagen, dass die Sortenzüchtung pro Sorte bis zu 3 Millionen Euro kostet und sie sonst nicht rentabel arbeiten könnten, denn sie seien in Verantwortung für die Welternährung. Zum Sortenschutz in der Welt gibt es viele verschiedene Handhabungen. In vielen Ländern gilt noch die Regelung von vor 1978, dass Landwirte die Sorten nachbauen, aber dann nicht als Saatgut verkaufen durften. In keinem Land der Welt wurden solch harte Maßnahmen seitens der Züchter angewandt wie in Deutschland. Ich habe mit dem stellvertretenden Generalsekretär der UPOV, Peter Button, und Martin Ekvad, dem Vorsitzenden des Verwaltungsausschusses der UPOV, gesprochen. Sie sagten, hier sei man übers Ziel hinausgeschossen. Resümierend möchte ich sagen, dass die UPOV-Vertreter das Gespräch mit uns gesucht haben. Sie möchten sich auch in Zukunft mit uns an einen Tisch setzen, denn die Einblicke, die wir ihnen geben, öffnen auch den Blick für die bäuerliche Seite. Der UPOV-Verband besteht zum Schutz von Pflanzenzüchtungen, dazu gehören auch die Selektionssorten von Kleinbauern die Landrassen und die Hofsorten. Die Angst der UPOV vor Patenten wurde deutlich wie auch die Angst vor den großen internationalen Saatgutkonzernen die privaten Verträge abschließen und UPOV außen vorlassen.

Gerhard Portz, Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugebühren und Nachbaugesetze (IGN) und Bauer in Rheinland-Pfalz

Hofübergabe - Vom Loslassen und Annehmen

Alt- und Jungbauern tauschen sich aus, wie eine Hofübergabe gelingen kann

Neue Wege bestreiten in Sachen Hofübergabe: Im letzten Frühjahr fand erstmalig das Kontaktforum Hofübergabe statt, bei dem die persönliche Begegnung der Beteiligten im Mittelpunkt stand. Das große Interesse und die vielen intensiven Gespräche sind gute Gründe für eine Wiederauflage im Februar 2017. Denn die Hofnachfolge ist ein sehr persönliches und emotionales Thema und es müssen individuelle Lösungen gefunden werden, die für alle Beteiligten passen. Es gibt keinen Mustervertrag, aber Erfahrungen, die für Abgebende und Suchende sehr wertvoll sind. Um sich über die anstehende Hofübergabe auszutauschen und Kontakte zu knüpfen, waren im März 2016 unter dem Motto „Gemeinsam Wege bestreiten“ rund 80 Menschen in Fulda zusammengekommen. Unter den Teilnehmenden waren sowohl ökologisch wirtschaftende BetriebsleiterInnen und Hofsuchende, als auch interessierte Personen aus dem konventionellen Bereich, die in der ökologischen Bewirtschaftung eine zukunftsfähige Alternative der Betriebsentwicklung sehen. Das Format ist bislang einmalig und stieß auf positive Resonanz. Eingeladen hatte das Team vom „Öko-Junglandwirte-Netzwerk“ in Zusammenarbeit mit der Stiftung Ökologie & Landbau.

Wohlüberlegte Entscheidungen

Bevor sich Altbauern für eine außerfamiliäre Hofübergabe entscheiden, sollten sie sich genügend Zeit nehmen, um grundlegende Fragen zu klären: Soll im Rahmen der Hofübergabe ein Eigentumsübergang stattfinden? Falls ja, in welcher Form soll er ablaufen (Hofübergabe, Verkauf, Übertragung auf gemeinnützigen Träger)? Ganz wichtig ist auch die Entscheidung, ob das abgebende Ehepaar auf dem Hof wohnen bleibt und wie eine – gemeinsame oder getrennte – Wohnsituation mit den Nachfolgern aussehen kann. Zudem sind die Familienmitglieder, insbesondere die erwachsenen Kinder, in die Pläne miteinzubeziehen. Nur mit familiärer Rückendeckung wird das Übergabeprojekt gelingen. Und nicht zu vergessen ist die Frage, wie der Abgebende Erbansprüchen gerecht werden kann. Sind diese Rahmenbedingungen geklärt, ist zu prüfen, ob das Betriebseinkommen ausreicht, um zumindest für eine Übergangszeit zwei Generationen statt einer zu ernähren. In der Regel ist dazu eine Veränderung

der Betriebsführung notwendig: Entweder muss die Produktion intensiviert oder ausgeweitet werden, oder es muss eine Diversifizierung stattfinden, indem ein neuer Betriebszweig hinzukommt. Eine weitere Überlegung könnte auch sein: Wird der Nachfolger mein Lebenswerk erhalten, etwa die über Jahrzehnte aufgebaute Bodenfruchtbarkeit durch ökologische Bewirtschaftung oder den festen Kundenstamm? Aber auch diejenigen, die einen Hof übernehmen, machen sich Gedanken über ihre folgenreiche Lebensentscheidung. Von Beginn an muss der Übernehmende einerseits hochqualifiziert einsteigen und andererseits ein hohes Risiko tragen. Da stellen sich viele Fragen: Schaffe ich das wirklich? Darf ich überhaupt Fehler machen? Wie stemme ich das Projekt finanziell? Ist mein Konzept realistisch? Was ist, wenn es nicht funktioniert? In der Regel verfügen die Neueinsteiger zwar über eine gute fachliche Ausbildung, aber Unternehmerrfahrung bringen nur wenige mit. Die übergebende Generation wiederum steht vor der Herausforderung, Verantwortung abzugeben und den Nachfolger auch Fehler machen zu lassen. Emotional wird bei einer Hofübergabe den Beteiligten einiges abverlangt. Vor allem den Übergebern sollte klar sein, dass das Loslösen mitunter ein schmerzlicher Prozess ist. Neue Ziele und Aufgaben für die Zeit nach der Übergabe können darüber hinweghelfen. Das Wirken als Mentor oder Moderator wäre zum Beispiel sinnvoll für beide Seiten: So können die Abgebenden ihr Wissen und ihre Erfahrungen weitervermitteln und den Neulingen unter die Arme greifen.

Übergabe positiv gestalten

Alle Betroffenen müssen miteinbezogen werden und am Ende dieses Prozesses sollten klare Ziele und Erwartungen stehen. Sinnvoll für beide Seiten ist eine Betriebsanalyse, darüber hinaus sollten Perspektiven aufgezeigt werden: Wo steht der Betrieb, welche Entwicklungsmöglichkeiten gibt es? Um keine Enttäuschung zu erfahren, sollte die Situation so realistisch wie möglich eingeschätzt werden. Hilfreich ist es, wenn jemand von außen den Prozess begleitet oder zumindest punktuell eingebunden wird. Unterstützung gibt es für viele Bereiche: die Familienberatung, die juristische und



Begegnungen mit Ernst und Humor beim Kontaktforum Hofübergabe Foto: SÖL, Augustin

steuerliche Beratung sowie die Finanzierungsberatung.

Außerdem ist ein Perspektivwechsel für alle Beteiligten sinnvoll: Sich einmal in die Lage des anderen zu versetzen, bringt alle ein ganzes Stück weiter. Was die Kosten angeht, darf man sich nichts vormachen: Übernehmende wie Übergebende müssen Geld für Beratung, Steuerberater und Notar aufbringen – je nach Umfang kann das im vier- oder sogar fünfstelligen Bereich liegen. Hinzu kommt Eigenkapital, das oft in irgendeiner Form in den Betrieb eingebracht werden muss. Hier besteht aber die Möglichkeit, mit Banken, Regionalwert-AGs oder Stiftungen zu sprechen. Fördermöglichkeiten jeglicher Art sollten geprüft werden. Vereinbart werden muss zudem, wie es sich mit Investitionen der Neueinsteiger verhält, wenn ihnen der Hof noch nicht gehört. Grundsätzlich erleichtert es die Übergabesituation, wenn der Hof schuldenfrei ist und sich die Abgebenden eine zusätzliche Altersvorsorge aufgebaut haben. Ein erstes Treffen sollte am besten auf neutralem Grund und nicht auf dem Hof stattfinden, damit sich beide Seiten unabhängig vom Betrieb einen Eindruck verschaffen können, ob sie sich ein Miteinander vorstellen können. Ist schließlich ein potenzieller Nachfolger oder der passende Hof gefunden, kann eine Übergangszeit von einem Jahr – zum Beispiel im Angestellten- oder Pachtverhältnis – vereinbart wer-

den, bevor die richtige Hofübergabe stattfindet.

Wünsche und Realität

Am Ende steht die Erkenntnis: Die außerfamiliäre Hofübergabe ist für beide Seiten ein langer, intensiver Prozess, in den viele Wünsche und Hoffnungen gesteckt werden. Ganz besonders wichtig ist die zwischenmenschliche Ebene. Die Jungen haben viele verschiedene Ideen im Gepäck – und treffen damit auf bestehende Strukturen. Für alle gilt es zu prüfen, wie Vorstellungen und Realität in Einklang gebracht werden können. Dann gelingen auch die Entscheidungen fürs Leben.

Der Artikel von Minou Yussefi-Menzler ist ursprünglich in Ökologie & Landbau (02/2016) erschienen. Überarbeitet für die Unabhängige Bauernstimme von Johannes Augustin und Benjamin Volz.

Forum Hofübergabe 2017

Das 2. Kontaktforum Hofübergabe lenkt den Blick auf wesentliche Anforderungen einer Übergabe, trägt zum Erfahrungsgewinn bei und bietet Raum zum Kennenlernen von Alt- und Junglandwirten. Das 2. Kontaktforum Hofübergabe findet vom 10. bis 12. Februar 2017 in Fulda statt. Eine Anmeldung ist online über www.oeko-junglandwirte-netzwerk.de möglich.

Weihnachtsmusik im Melkstand

Eine Weihnachtsgeschichte

Also, echt, Weihnachten, das ist ja alles recht gut und schön. Ich hab da nichts gegen. Nichts Wirksames jedenfalls. Weihnachten ist eben Weihnachten, und wenn man hier lebt, dann muss man damit klar kommen. Weihnachtsmärkte, Weihnachtsfeiern im Betrieb, im Sportverein, in der Gemeinde, beim Roten Kreuz, beim Landfrauenverein, überall. Dazu Glühwein, Geschenke, Lebkuchen, der ganze Kram, und über Wochen nichts anderes als „Drei Nüsse für Aschenbrödel“ in der Glotze, und der Prinz trägt immer noch die gleichen langen Unterhosen, als hätte er vergessen, sein Kostüm anzuziehen. Alles in Ordnung, kann ich mit leben. Bei der Musik allerdings fällt es mir schwer.

Ich hör ja immer Musik im Melkstand, und am Montag nach Totensonntag fängt sie an, die Weihnachtsmusik im Radio. Sie warten noch nicht einmal bis zum ersten Advent, nein, Montag nach Totensonntag

nicht nur einmal, nein, sie spielen es einmal pro Stunde. Zwischen Totensonntag und Zweitweihnachtstag liegen im Durchschnitt 33 Tage. 33 Tage mal 24 Stunden, macht 792-mal „Last Christmas, I gave you my heart, jammer, süß, schleim.“ Und schaltet man von dem einen Sender weg, spielen sie es gerade auf dem anderen. Es gibt keinen Ausweg. Meine Kühe wollen Musik hören im Melkstand, aber von zu viel George Michael wird die Milch sauer. Und der scheffelt nach wie vor Millionen damit, jedes Jahr, mehr, als er sich durch die Nase ziehen kann.

Was mich anbetrifft, gibt es in diesem normalen Durchschnittsradio-Weihnachtsmusikprogramm nur ein Stück, das mich anzurühren vermag. Es ist von Chris Rea, auch einer der beliebtesten Durchschnittschnulzensänger des Durchschnittsschnulzenradios. Wenn ich im Melkstand stehe, am Melken bin, und dann spielen sie „Dri-

Stelle, da singt Chris Rea: „I take a look at the driver next to me. He's just the same. Just the same.“ Dann ein paar Takte Stille, Schweigen, und im Hintergrund meint man, den Motor des Autos zu hören, aber vielleicht ist das auch nur das Brummen der Melkmaschine im Melkstand. Jedenfalls lässt das Lied einem Raum, seinen eigenen Gedanken nachzuhängen, bevor die nächste Strophe kommt. Das ist genial. Und ich stell mir vor, dass ich auf dem Weg nach Hause bin, im Auto, auf der Autobahn, im Stau, und ich guck rüber zum Auto neben mir und seh mich selbst am Steuer sitzen, links ebenso wie rechts, vor mir, hinter mir, ein ganzer Stau voll von Autos mit mir selbst darin, und wenn nicht mit mir selbst, so doch mit Menschen wie mir: Leute, die unterwegs sind, nach Hause, zu ihren Frauen, Männern, Familien. Um da zu sein, wo man hingehört. Und schwupps, laufen mir die Tränen über



Die Redaktion wünscht allen Lesern und Leserinnen schöne Feiertage mit viel Musik!

Foto: I-vista/pixelio

schmeißen sie beim Radio die Weihnachtsmusik-Mix-CD in den Player und holen sie erst am 27. Dezember wieder raus. Und ich steh im Melkstand, hör zum ersten Mal im Jahr „Do they know it's Christmas“ und wünsch mir nichts anderes als den Totensonntag zurück. Hätte ich auch nicht gedacht, ist aber so. Und noch bevor ich darüber nachdenken kann, kriege ich den großen Tatter, denn ich weiß, es kommt noch schlimmer. Zehn Minuten später ist es so weit, so sicher wie das Amen in der Kirche: „Last Christmas, I gave you my heart, but the very next day, you gave it away ...“ Tut mir leid, ich kann da nicht gegen an. Das Fiese ist: Sie spielen das ja

ving home for Christmas“ – ich kann nichts dafür; mir schießen Tränen in die Augen. Denn ich stell mir vor, wie Chris Rea da in England in seinem Auto sitzt und auf der falschen Seite durch das typische englische Vorweihnachtsschmuddelwetter nach Hause fährt und sich so sehr darauf freut, endlich heim zu kommen und seine Lieben wieder in die Arme zu schließen. Denn darum geht es ja auch an Weihnachten: Dass die Familie zusammenkommt, dieses eine Mal im Jahr, von überall her, rund um den Esstisch, ob mit Baum oder ohne, ob Lametta oder nicht, scheinbar, wir sind zusammen.

In diesem Lied gibt es eine magische

die Wangen. Ich kann nichts dafür, aber ich kann auch nichts dagegen. Ich weine, und ich freu mich auf Zuhause, auf die Liebste, auf meine Familie. Und das Beste ist: Ich stehe gar nicht im Stau, ich stehe im Melkstand. Ich muss nicht erst nach Hause, ich bin schon da. Wenn die Arbeit fertig ist, muss ich nichts weiter als die Gummistiefel ausziehen und reingehen, in die Küche, in die Stube, naja, duschen und umziehen ist vielleicht auch nicht schlecht, und schon bin ich am Ziel, zu Hause, am besten Ort der Welt für mich. Mann, hab ich das gut!

Matthias Stührwoltd,
schreibender Milchbauer aus Stolpe



Leserbrief zum Titel „Markt fair machen“ Ausgabe 10.16

Wenn ich Überschriften wie „Markt fair machen“ lese, fällt mir immer die Kindersendung mit dem Sandmännchen ein. Nicht weil ich keinen fairen Markt möchte, sondern weil es den Markt im klassischen Sinne gar nicht mehr gibt. Im Mittelalter wurde das Marktrecht Orten verliehen, wo Rathaus, Kirche und Gasthaus quasi einen moralischen Rahmen bilden konnten. Mit der Mobilität der Warenströme haben sich die Märkte diesem Rahmen entzogen. Und als vor einem Vierteljahrhundert der Sozialismus zerfiel, haben im Überschwang des Sieges des Kapitalismus die neoliberalen Kräfte der multinationalen Konzerne das Sa-



Leserbrief zur Übernahmen von Monsanto durch Bayer

Der größte Deal der deutschen Wirtschaftsgeschichte, der Zusammenschluss der Konzerne Bayer und Monsanto, ist eine Kriegserklärung an eine vielfältige, umweltfreundliche, bäuerliche Landwirtschaft.

Monsanto ist die treibende Kraft hinter dem Krebsgeschwür der industriellen Landwirtschaft, die weltweit durch Pestizide und Gentechnik die Artenvielfalt vernichtet, das Trinkwasser vergiftet und die Klimakatastrophe fördert (Monsanto-Tribunal). Der Chemiegigant Bayer hat ebenfalls eine „beeindruckende Geschichte“ (Merkel zum 150. Firmenjubiläum), die man kennen sollte, um eine realistische Einschätzung der Skrupellosigkeit ihres Vorgehens treffen zu können. Bereits der Erste Weltkrieg wäre in dieser Brutalität ohne Bayer nicht möglich gewesen. Infolge der Seeblockade der Alliierten fiel der Import des Chilesalpeters (Guano-Vogelkot), der als Dünger oder Sprengstoff nutzbar war, weg. Carl Bosch von der BASF und Carl Duisberg, Bayer, gaben dem deutschen Kriegsministerium das so genannte Salpeter-Verprechen. Das heißt, die Firmen erhielten von der Regierung einen Vorschuss von 432 Millionen Reichsmark und eine Abnahmegarantie für ihren Sprengstoff Ammoniumnitrat, der in der Folge Millionen Menschen zeretzte.

Da der Krieg 1918 aus der Sicht der Konzerne vorschnell beendet wurde, machte der Staat nach dem Krieg massiv Werbung für den Einsatz dieses Stoffes

gen auch in der Politik aller Parteien übernommen. Ihr müsst wettbewerbsfähig werden am Weltmarkt, ist ihr Dogma. Wenn auch unsere Bundeskanzlerin immer noch von sozialer Marktwirtschaft spricht, wissen Beobachter, dass es Erhards soziale Marktwirtschaft, die das deutsche Wirtschaftswunder hervorbrachte, nicht mehr gibt. Aber die Preise für die Bauern waren schon in der sozialen Marktwirtschaft gesunken. Denn in der Wohlstandsideologie müssen Lebensmittel billig bleiben, damit Kaufkraft für immer mehr Konsum frei bleibt. Denn nur dann könne die Wirtschaft wachsen und Arbeitsplätze schaffen und nur dann könne man sich Umweltschutz (und auch die Agrarpolitik) leisten.

Solange wir diese neoliberale Wohlstandsideologie hinnehmen und für alternativlos halten, wird weiter Bauer um Bauer verschwinden. Denn in die-

als Stickstoffdünger in der Landwirtschaft, damit die Profite nicht einbrechen. Aber nicht nur Sprengstoff wurde bei Bayer entwickelt, sondern auch Giftgas, zunächst Chlorgas. Duisberg war beim Test auf dem Truppenübungsplatz Köln-Wahn begeistert: „Die Gegner merken und wissen gar nicht, wenn Gelände damit bespritzt ist, in welcher Gefahr sie sich befinden und bleiben ruhig liegen, bis die Folgen eintreten.“ Es folgten das noch giftigere Phosgen und später Senfgas. Carl Duisberg drängte: „Ich kann deshalb nur noch einmal dringend empfehlen, die Gelegenheit dieses Krieges nicht vorübergehen zu lassen, ohne auch die Hexa-Granate zu prüfen.“ Das beeindruckende Forschungsergebnis: 60.000 elendig kriechende Soldaten. Denn: „Die einzig richtige Stelle aber ist die Front, an der man so etwas heute probieren kann.“ Der Geschäftsbereich Bayer allein reichte diesem vorbildlichen Industriellen nicht, er schloss sich mit BASF und Hoechst zur IG Farben zusammen.

Nun hatte das Unternehmen die Potenz, Adolf Hitler an die Macht zu bringen. Schon vor der Machtübertragung schloss der Konzern mit den Nazis 1932 den Benzinpakt, für den er als Belohnung 1933 die Absatz- und Profitgarantie für synthetischen Treibstoff und Kautschuk erhielt. Dies ermöglichte Hitler den Zweiten Weltkrieg. Keine Profitgelegenheit ließen die Experten des Todes aus. Für die Judenvernichtung in den Gaskammern stellten sie über eine Tochter-

gesellschaft das Zyklon B her. Menschenversuche mit Impfstoffen an den Häftlingen in den KZ Auschwitz und Buchenwald durften im Portfolio des Konzerns nicht fehlen. Ebenso nicht das konzerninterne KZ Auschwitz-Monowitz. IG-Farben-Vorstand Schneider: „Oberster Grundsatz bleibt es, aus den Kriegsgefangenen so viel Arbeitsleistung herauszuholen als irgend möglich“. Übrigens, nach dem Zweiten Weltkrieg versuchte die IG-Farben-Abwicklungsgesellschaft, Brands Ostpolitik zu torpedieren, weil diese ja zur Anerkennung der polnischen Westgrenze führen und es damit keine Entschädigung für die entgangenen Gewinne in Monowitz mehr geben würde (CETA, TTIP lassen grüßen). Die IG Farben wurde nach dem Krieg aufgrund ihrer Verbrechen von den Alliierten formal wieder in Bayer, Hoechst und BASF aufgespalten, diese stimmten ihre Profitfelder aber eng miteinander ab. Der KZ-Cheforganisator Fritz ter Mer wurde für seine „Leistungen“ mit der Position des Aufsichtsratsvorsitzenden der Bayer AG belohnt. Die meisten Agrogifte stammen aus der Giftgasforschung. Dr. Gerhard Schrader, der in der Nazi-Zeit die Kampfgase Sarin (das S steht für Schrader) und Tabun entwickelt hatte, übernahm nach dem Krieg die Pestizidabteilung bei Bayer. Auch in den USA reichte Schrader Patente für Pestizide mit hoher „Warmblüttoxizität“ ein. Während des Vietnamkrieges produzierten Monsanto und Bayer über die gemeinsame Tochter-

gesellschaft Mobay das berüchtigte Entlaubungsmittel „Agent Orange“, welches bis heute zehntausende missgebildete Kinder und Krebsfälle hervorgerufen hat sowie über 20 % des Landes dauerhaft für die landwirtschaftliche Nutzung unbrauchbar machte. Experten von Bayer und Hoechst standen der US Army, als medizinische Helfer getarnt, sowie beratend dem US-amerikanischen Planungsbüro für B- und C-Waffen in Saigon zur Seite (Seymour R. Hersh, Chemical and Biological Warfare).

Es ist Herbst und ich glaube, Brexit,

Finanzkrisen, Flüchtlinge, Milchkrise und Terror sind auch Zeichen des Herbstes des herrschenden Neoliberalismus. Doch wo bleiben die wirklichen Vorstellungen für den nächsten Frühling, von einem fairen Zusammenleben statt totalem Wettbewerb? Der große Physiker und alternative Nobelpreisträger Hans Peter Dürr hat diese Frage so formuliert: „Wenn jedoch die Utopien von gestern die Realitäten von heute sind, so gilt gleichermaßen, dass den Realitäten von morgen Utopien von heute vorausgehen müssen.“ Diese Utopien für die Postwachstumsgesellschaft bestehen längst. Und sie erinnern mich nicht an das Sandmännchen, sondern an unsere urbäuerlichen Werte. Fangen wir an, solange diese Werte nicht alle dem Wachstumswahn geopfert sind.

Siegfried Jäckle,
St. Georgen-Oberkirnach

gesellschaft Mobay das berüchtigte Entlaubungsmittel „Agent Orange“, welches bis heute zehntausende missgebildete Kinder und Krebsfälle hervorgerufen hat sowie über 20 % des Landes dauerhaft für die landwirtschaftliche Nutzung unbrauchbar machte. Experten von Bayer und Hoechst standen der US Army, als medizinische Helfer getarnt, sowie beratend dem US-amerikanischen Planungsbüro für B- und C-Waffen in Saigon zur Seite (Seymour R. Hersh, Chemical and Biological Warfare).

Auf Anraten der Kammerberatung hatte ich als 18-jähriger konventionell ausgebildeter Landwirt die Pflanzenschutz(?)mittel von Bayer 2,4-D und 2,4,5,D im Tank. Dies war das Vietnamgift, wie ich entdeckte, das auch alle Berufskollegen seelenruhig versprühten. Ein Erweckerlebnis, welches mich vom Saulus zum Paulus werden ließ. Heute schätzt die Weltgesundheitsorganisation die Zahl der Pestizidvergiftungen auf bis zu zehn Millionen. Etwa 200.000 Fälle verlaufen tödlich. Für einen großen Teil sind Bayer-Produkte verantwortlich. Glyphosat ist mit seiner heimtückischen Wirkung nur die Spitze des Eisbergs.

Dr. Johannes F. Hartkemeyer,
Bramsche

Die Redaktion behält sich Abdruck und Kürzen von Leserbriefen vor. Die veröffentlichten Briefe geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Leserbrief Medienecho zu Ceta

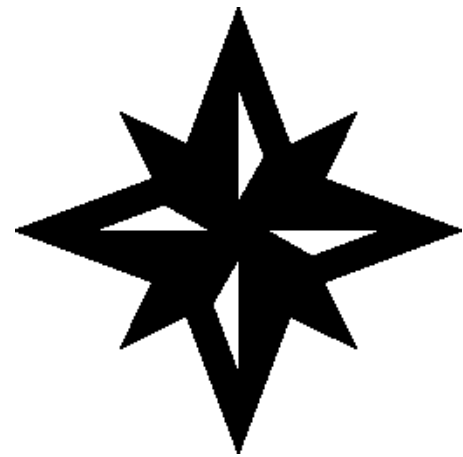
Wir bilden uns ja hierzulande sehr viel auf unsere mannigfaltige Medienlandschaft ein, in der komplexe Themen kontrovers und sachorientiert diskutiert werden und so den Menschen eine fundierte Meinungsbildung ermöglicht wird. Beobachtet man in dieser Hinsicht das Gros der Medienäußerungen zu CETA, sowohl der etablierten Printmedien als auch des öffentlich rechtlichen Rundfunks und Fernsehens, so stellt man befremdet fest, dass es hier mit der Vielfältigkeit nicht weit her ist. Da tönt es unisono mit den handelnden Politikern, dass man doch nach sieben Jahren Verhandlung nicht auf den letzten Metern schlapp machen könne. Da kann man nur sagen: Sieben Jahre schlecht verhandelt, nur die späteren Nutznießer, nämlich die multinationalen Konzerne mit am Tisch, aber nicht die Menschen, die es später in ihren engsten Lebensbereichen betreffen könnte. Sogar ihre gewählten Vertreter hatten Probleme, sich angemessen zu informieren. Da ist es gut, dass so etwas, spät zwar, gestoppt wird. Oder es kommen die „Nicht-Argu-

mente“, Europa mache sich lächerlich, das beste Handelsabkommen aller Zeiten usw. ... Sachargumente? Fehlanzeige!

Dabei gäbe es viel zu klären, z. B., warum es überhaupt einen extra Investorenschutz braucht, wenn beide Vertragspartner ein funktionierendes Justizwesen haben. Oder sollten die multinationalen Konzerne eine privilegierte Gerichtsbarkeit fordern? Oder wie denn in den zwei Wochen nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes in dem Vertrag auf den Richterspruch reagiert worden ist. Oder warum man überhaupt den Landwirtschaftssektor mit einbezieht, wo doch Landwirtschaft überall auf der Welt mit unterschiedlichen Rahmenbedingungen betrieben wird. Wenn es nur um die Harmonisierung von Blinkerfarben, Industrienormen und den Abbau von Industriezöllen ginge, wäre CETA und wahrscheinlich auch TTIP schon längst unterschrieben.

Der Gipfel aber ist, dass es sogar als Fehler angesehen wird, dass regionale und nationale Parlamente über CETA abstimmen dürfen. Die Herrschaften, die das monieren, gehören wahrscheinlich zu den vielbeschworenen „lupenreinen Demokraten“. Was auch immer die Politiker in der Wallonie und Brüssel auch außerhalb der Sachebene noch so antreiben mag – sie handeln für Millionen von anderen Europäern, die darüber nicht abstimmen können. Wir sollten ihnen die Daumen drücken, dass sie diesem „Medien-Tsunami“ standhalten können.

*Wolfgang Eisenberg,
Clenze*



Hofübernahmegedanken

Wer kennt das nicht: „Ich komm’ vom Hof: Milchvieh, Ackerbau.“ – „Und, machst du den Hof dann mal weiter?“ – „Weiß ich noch nicht ...“

Seit ich mich entschieden habe, beruflich die landwirtschaftliche Richtung einzuschlagen, verfolgt mich diese leidige Konversation nahezu täglich. Und was soll ich sagen – ich bin mittlerweile Mitte zwanzig und hab immer noch keine abschließende Antwort darauf. Auch wenn ich sie gern hätte, um endlich mal einem klaren Ziel zu folgen.

Einerseits ja, weil ich meine Heimat und meine Familie liebe, weil ich auf dem Hof aufgewachsen bin und dort hingehöre. Mein Vater hat mir gezeigt, wie wertvoll es ist, selbständig zu sein und somit Familie und Beruf stets vereinen zu können. Den ganzen Tag draußen sein, sein Arbeitsergebnis sehen können, in der Region verankert sein, tolle Lebensmittel produzieren, Organisationstalent sein, so viele wunderbare Dinge am Beruf Bauer, die wie gemacht sind für mich.

Beim Gedanken, dass das Lebenswerk meines Vaters nicht weitergeführt wird, weil keines seiner Kinder das machen möchte, dreht es mir den Magen um.

Doch ich muss die Situation auch realistisch betrachten: Die derzeitige und zukünftige Marktsituation für Milcherzeuger sieht nahezu aussichtslos aus. Dass das Melken irgendwann wieder Spaß bringt, sehe ich zurzeit nicht. Was Milchviehhaltung angeht, habe ich mittlerweile resigniert. Es würde sich auch keiner ein Auto kaufen, das nicht mehr fahren kann.

Als etwas klein geratene Frau kann ich nicht jedes Kalb wuppen, genauso wenig jeden Tag melken, auch wenn ich das gern wollte. Der Körper zeigt einem leider immer wieder seine Grenzen. Und wer jetzt als „mitfühlender“ Leser denkt, na, dann soll sie sich doch ‘nen passenden Bauern angeln – danke, nein. Ich habe wenig Lust, meinen langfristigen Partner nach den Kriterien „ohne Feldkapazität, aber mit Melkqualitäten“ auszusuchen, der zufällig auch noch meinen Eltern in den Kram passt. Wir sind ja schließlich nicht mehr im letzten Jahrhundert.

Wenn man sich als studierte Landwirtin auf dem Arbeitsmarkt umguckt, wird man relativ schnell fündig. Praktiker vom Hof sind überall gesucht. Es kommt mir oft spießig vor oder wie ein Sichweg-Ducken – aber warum nicht einfach langfristig einen 40-Stunden-Job annehmen, wo man das Gehalt für eine Familie am Ende des Tages sicher hat?! Zurzeit arbeite ich bei einem Erzeugerverband, der sich für regional produzierende und vermarktende Betriebe einsetzt. So kann ich der bäuerlichen Landwirtschaft wenigstens ein Stück weit dienen.

Vielleicht ergibt sich ja eine Lösung im Nebenerwerb, damit zumindest unser Acker und die Gebäude in der eigenen Hand bleiben, mit ein paar Fleischrindern auf’m Grünland, und der üblichen häuslichen Selbstversorgung, eventuell sogar auf Bio umstellen. An dicken Fleischrindern kann man sich jeden Tag wenigstens freuen, besser als sich über ausgelagte Milchkuhe zu ärgern.



Leserbrief zum Artikel „Welches Schweinderl hätten S’denn gern?“ Ausgabe 09.16

Zur Ebermast ist anzuführen, dass beide Schlachtunternehmen ihre Eberfleischgrenzen bereits erreicht sehen und keine Ausweitungen planen. Im Gegenteil, die bereits geplanten Erweiterungen wurden reduziert, da der Markt nicht mehr aufnimmt.

Unser Landwirtschaftsminister hat bei der Kastration eine vollständige Schmerzausschaltung in den Gesetzestext manifestiert. Es ist noch strittig, ob dies Isofluran ausschließt, da dies lediglich eine Betäubung bewirkt, jedoch keine Schmerzausschaltung (laut Meinung einiger Tierärzte).

Improvac wird momentan von der Naturland-Erzeugergemeinschaft favorisiert. Die Schweinehalter wurden dabei jedoch nicht gefragt. In der Schweiz wurde die Behandlung mit Improvac von der Bevölkerung abgelehnt. Bei den großen Schweineproduzenten findet es bisher keine Verwendung. Einige Tierärzte lehnen die Weitergabe von Improvac aus Verantwortungsbewusstsein gegenüber Ihren Mitar-

beitern und Kunden aus folgenden Gründen ab: Der Tierhalter kann die Impfung zwar selbst vornehmen, doch ist ein Kontakt mit dem Mittel für Schwangere strikt untersagt. Wenn man mit dem Mittel einmal in Kontakt kommt, besteht ein lebenslanges Anwendungsverbot. [...]

Festzuhalten bleibt die Tatsache, dass sich die Regierung nach den Wünschen der Tierschützer richtet und die Verbraucher, die Verarbeiter und die Landwirte ins offene Messer rennen lässt. So lässt sich ein Markt auch regulieren, indem man ihn den europäischen Nachbarn überlässt. Von Zeit zu Zeit ist es notwendig und absolut sinnvoll, gängige Verfahren in der Tierproduktion zu überdenken und im Hinblick auf das Tierwohl neu zu gestalten. Hier tragen das Risiko jedoch alleine wir Landwirte, wenn der Markt und Preis zusammenbricht.

*Hans Lachner,
Gangkofen*

Der Feuerdieb



Mit wunderschönen Farbspielen, mal klaren, mal verschlungenen Bildern erzählen zwei Mexikaner aus der mündlich überlieferten Mythologie der indigenen Kulturen Mexikos von den Ursprüngen der Welt: Als eines der ältesten Landsäugetiere und einziges Beuteltier Südamerikas ist das Süd-Opossum, auf Spanisch „el tlacuache“, die Hauptfigur. Tlacuache macht sich auf, um den Göttern etwas vom Feuer zu stehlen, wendet eine List an, wird erschlagen und wiedergeboren. Und schenkt schließlich Feuer und verschiedene Früchte, darunter Mais, den Menschen. Dabei spielen die Abläufe auf verschiedene Besonderheiten des Opossums an. Der Verlag Baobab Books ist ein von Entwicklungsdiensten getragener gemeinnüt-

ziger Verein. Benannt nach dem Affenbrotbaum, der in Afrika und Australien beheimatet ist und dessen Schatten Platz zum Erzählen und Weitergeben von Geschichten bietet, hat sich der Verlag zur Aufgabe gemacht, Brücken zwischen Kulturen zu schlagen. Die Bilder-, Kinder- und Jugendbücher aus Afrika, Asien, Lateinamerika, Ozeanien und dem Nahen Osten erscheinen ins Deutsche übersetzt oder zweisprachig. *cw*

Ana Paula Ojeda, Juan Palomino: *Der Feuerdieb – Ladrón del fuego*. Baobab Books 2015, *Bilderbuch aus Mexiko*, zweisprachig deutsch-spanisch, ab 5 Jahren, 32 Seiten, 15,90 Euro, ISBN 978-3-905804-62-1, zu beziehen über den AbL-Verlag

Unterleuten – ein Dorf in Brandenburg

Verschiedene Menschen kommen in loser Reihenfolge zu Wort – ihre Gedanken, ihre Sicht auf die Dinge, die im Dorf Unterleuten irgendwo in Brandenburg passieren. Beim Lesen wird jeder Charakter schnell lebendig und in sich verständlich. Die Autorin Juli Zeh lässt so Wirklichkeiten aufeinanderprallen: Ein Geschäftsführer des ökologisch bewirtschafteten LPG-Nachfolgebetriebes, bei dem die Fäden und Geschicke des Dorfes zusammenlaufen. Ein kämpferischer Landarbeiter, der den sozialistischen Idealen nachtrauert und die Welt von individuellen Eigeninteressen bedroht sieht. Zugezogene aus Berlin, die Idylle suchen oder den Traum vom Pferdehof und persönlichen Erfolg voranbringen wollen. Und dann soll ein Wind-

park gebaut werden. Die Gewerbesteuer-einnahmen versprechen dem Bürgermeister eine lang ersehnte finanzielle Absicherung des Dorfes. Für andere geht es um Pachteinnahmen, Landbesitz, Schachzüge zum eigenen Vorteil, Veränderung des Landschaftsbildes. Jeder und jede ist überzeugt, das Richtige zu tun – persönlich, für die Familie oder für das Dorf – und alle zusammen richten vor allem Unheil an, das auf sie selbst zurückfällt und das alte Gefüge der Dorfgemeinschaft letztendlich zerbricht. *cw*

Juli Zeh: *Unterleuten*. Luchterhand Literaturverlag 2016, gebunden, 640 Seiten, 24,99 Euro, ISBN: 978-3-630-87487-6, zu beziehen über den AbL-Verlag



Dillinger hat Schwein

Bitterböser Regionalkrimi nicht nur für Baden-Württemberger, weil er sich in einem launigen Zukunftsszenario abspielt, in dem Vegetarier ihre Sicht einer gesunden Ernährung gesellschaftlich durchgesetzt haben: Tierhaltung gibt es nur noch in kleinem Maße mit festgelegten Quoten. Fleischesser wie die ermittelnde Hauptperson, Versicherungsvertreter Dillinger, müssen sich in der Öffentlichkeit einiges anhören. Aber der Schwarzmarkt für Fleisch boomt. Mittendrin werden Nutztiere aus ihren Weiden oder Stallungen freigelassen. Tierbefreiung oder illegale Schlachtung, Versicherungsschäden im großflächigen Gemüseanbau oder Versi-

cherungsbetrug? Dillinger fängt an zu fragen und dann gibt es plötzlich einen Toten und noch mehr Fragen. Ein ulkiger Leseklamauk vor allem wegen der Randdetails zur Entwicklung der Landwirtschaft. Die gleichförmigen Möhren auf dem Acker mit intensiver Drohnenbetreuung? Sind für die Industrieverarbeitung – zum Selberessen baut der Bauer lieber extra welche im Hausgarten an. *cw*

Rudi Kost: *Dillinger hat Schwein – ein Baden-Württemberg-Krimi*. Silberburg Verlag 2016, Taschenbuch, 288 Seiten, 9,90 Euro, ISBN 978-3-8425-1459-1, zu beziehen über den AbL-Verlag

Lach- und Sachbuch Bienen

Dieses Bienen-Bilderbuch ist nicht nur was für Kinder – es ist ein fachlich aktuelles Sachbuch mit liebevoll fröhlichen Bildtafeln, die klar sortiert zu verschiedensten Themen einen anschaulichen Eindruck vermitteln: Wie sieht es im Bienenstock aus? Was sammeln Bienen alles und wie verständigen sie sich? Seit wann gibt es Bienen und seit wann und in welchen Formen imkern Menschen? Das informative und

amüsante Buch kann ich mir auch sehr gut am Info- oder Verkaufsstand vorstellen, um neugierige Kundenfragen zu beantworten und miteinander ins Gespräch zu kommen über die sympathischen Insekten, die jeder und jede kennt – über die jedoch viele kaum Genaueres wissen und die auch „alte Hasen“ immer noch und immer wieder fasziniert in Erstaunen versetzen. Der polnische Autor, Zeichner und bekannte Cartoo-

nist ist Sohn eines Imkers und hat sich für dieses Werk aktuelle, zusätzliche Beratung bei einem Imker geholt. *cw*

Piotr Socha: Bienen. Übersetzt von Thomas Weiler, Gerstenberg-Verlag 2016, 80 Seiten, Format 27,5 x 37,5 cm, ab 5 Jahren, 24,95 Euro, ISBN 978-3-8369-5915-5, zu beziehen über den Abl-Verlag



Das Buch vom Meer ...

... oder wie zwei Freunde im Schlauchboot ausziehen, um im Nordmeer einen Eishai zu fangen, und dafür ein ganzes Jahr brauchen. Zwei Freunde in einem kleinen Boot, die sich einen lang gehegten Traum erfüllen: Aus den Tiefen des Nordatlantiks wollen sie einen Eishai ziehen, jenes sagenumwobene Ungeheuer, das sich nur selten an der Oberfläche zeigt. Sie fahren Tag für Tag auf das Meer hinaus und während

sie versuchen, einen Eishai anzulocken, begegnen ihnen Lebewesen aus dem Meer, die anregen, über das weithin unbekannt Leben unter Wasser zu berichten. Der bekannte norwegische Sachbuchautor Morten Stroknes schafft es in diesem Buch, die Stränge aus Erzählung, geschichtlichen oder wissenschaftlichen Fakten und Mythen und Legenden zu einem spannenden Ganzen zu verweben. Die lebendige Sprache zieht

den Leser in den Bann und lässt ihn über die Fülle der unbekannt Lebewesen in der Wasserwelt staunen. *vt*

Morten A. Stroknes: Das Buch vom Meer oder Wie zwei Freunde im Schlauchboot ausziehen, um im Nordmeer einen Eishai zu fangen, und dafür ein ganzes Jahr brauchen. DVA 2016, 364 Seiten, 19,99 €, ISBN 978-3-421-04739-7, zu beziehen über den Abl-Verlag

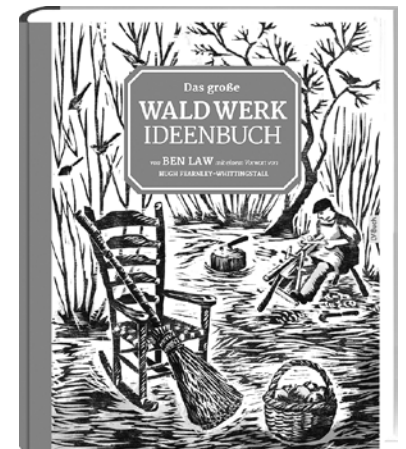
Waldwerk Ideenbuch

Ein Buch zum Basteln im Wald. Flechtzäune selber machen, Stühle aus Weiden und Haselnussruten und sogar einen ganzen Bauwagen aus Rundholz kann man sich nach den Anleitungen dieses Buches bauen. So jedenfalls das Versprechen auf dem Cover. Das Buch macht Lust darauf, raus zu gehen und ein eigenes Projekt zu starten. Es ist ein vorzüglicher Einstieg, wenn man an grauen, verregneten Herbsttagen im warmen Zimmer auf der Couch sitzt und von den eigenen Aktivitäten an einem milden Herbsttag zu

träumen beginnt. Viele Bilder entführen einen in die Wälder West Sussex in England, der Heimat des Autors Ben Law. Die 28 Projekte, die Law in seinem Buch vorstellt, bleiben ein Appetitanreger. Dass die Projekte nicht so ohne weiteres umzusetzen sind, wie es der Klappentext vermuten lässt, wird schon bei einem ersten Blick auf die benötigten Holzarten klar. Im Grunde bräuchte man einen eigenen Wald, bevorzugt aus Esskastanie. Die Projekte selbst dürften nur für den versierten und durchaus erfahrenen Holzwerker um-

setzbar sein. Für den jedoch eröffnet sich ein ganz neues Aufgabenfeld. Und letztendlich bleibt natürlich auch allen anderen eigenen Träumen nachzuhängen. Auch wenn das große Projekt am Ende eine Höhle aus Stöcken und Ästen im Wald ist, in der man mit den eigenen Kindern Räuber spielt. *mn*

Ben Law: Das große Waldwerk Ideenbuch. LV Münster 2016, 216 Seiten, 29,95 €, ISBN: 978-3-784354453, zu beziehen über den Abl-Verlag



Bestellcoupon

Ich bestelle:

Das Jahrbuch Der kritische Agrarbericht: Ausgabe 2016 Schwerpunkt: Wachstum - 22,00 € 2015 Schwerpunkt: Agrarindustrie und Bäuerlichkeit- 10,00 € weitere Jahrgänge auf Anfrage oder unter www.bauernstimme.de bzw. www.kritischer-agrarbericht.de

...weitere Bücher, Musik CD, Aufkleber, Fahnen usw. unter www.bauernstimme.de

Matthias Stührwoldt

Das wahre Landleben!

Bücher:

- 11,00 € - Bauernparty
- 11,00 € - Nützt ja nix
- 11,00 € - Schubkarrenrennen
- 11,90 € - Der Wollmützenmann
- 9,90 € - Verliebt Trecker fahren
- 11,00 € - Aus dem Moor- Gedichtband

CD:

- 10,00 € - König Silo
- 10,00 € - Was für'n schöner Scheiß
- 10,00 € - Ein Bauer erzählt
- 9,50 € - live im Lutterbecker

weitere Buchwünsche:

Bodenpolitik in Ostdeutschland

- 19,80 € - Nehmt und Euch wird gegeben
- 3,00 € - Ostdeutsche Bodenpolitik nach 1990

Aktuelle Broschüre

- 4,00 € - Wege aus der Hungerkrise

Hofschilder und Poster

- 30,00 € "Wir sind ein Abl Bauernhof"
- 30,00 € "Bauernhöfe statt Agrarfabriken"
- 50,00 € 1x10Stk. TTIP & Gentechnik Poster
-je zzgl 5,50 € Versand

Junge Landwirtschaft:

- 8,00 € - Agrarpolitik in der Leehre
- 8,00 € Jung, dynamisch, erfolglos?

Die Versandkosten pro Bestellung betragen innerhalb Deutschland 2,75 € Die Versandkosten ins Ausland werden auf Anfrage mitgeteilt

Ich zahle:

- nach Erhalt der Rechnung
- per SEPA-Lastschriftmandat

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Bank: _____

BIC: _____

IBAN: _____

Widerrufsrecht: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

Bitte senden Sie die Bestellung an: verlag@bauernstimme.de, oder Abl Verlag, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm oder Fax 02381 / 492221

Gläubiger-ID: DE17ZZZ00000417539, ABL Bauernblatt Verlags GmbH Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt.

(Klein) Anzeigen

Wie gebe ich eine Kleinanzeige auf?

Private Kleinanzeigen bis zu sieben Zeilen kosten 15,- €, jede weitere angefangene Zeile 1,50 € (gewerbliche 25,- € zzgl. MwSt., jede weitere Zeile 3,- €); Chiffregebühr 2,50 €. Anzeigen bis einschließlich 17,50 € nur gegen Vorauszahlung per Scheck oder bar, ansonsten wird ein Zuschlag von 2,75 € für die Rechnungsstellung erhoben.

Anzeigen bitte an: E-mail: anzeigen@bauernstimme.de,
Fax: 02381-492221 **Anzeigenschluss für BS Januar 2017 ist der 15.12. 2016.**
Chiffrezuschriften: Abl Verlag, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm

Sonstiges

• **Bioland-Obstbäume und Beerenobst**, bewährte Sorten, beste Bioqualität
Baumschule PFLANZLUST ☎ 05692 - 8635, www.biobaumversand.de

• **Treckerreifen**. Fax: 04881 - 7452
☎ 04881 - 937567

Einladung zu einem Treffen über die „Rechte der Bauern“

Zusammen mit der *AbL* und *FIAN* lädt die *Stiftung Haus der Bauern* aus Schwäbisch Hall zu einem Vorbereitungstreffen zu dem Internationalen Kongress ein, der vom 08. bis 10. März 2017 in Schwäbisch Hall, zusammen mit *La Via Campesina* stattfindet. 100 Vertreter von Bauernorganisationen aus der ganzen Welt werden erwartet. Bei dem UN-Menschenrechtsrat in Genf finden Verhandlungen über eine Erklärung zu den „Rechten der Bauern und anderer Menschen, die auf dem Lande arbeiten“ statt. Der Kongress will auf das Thema und auf die Verhandlungen aufmerksam machen.

Kommt zu dem Einführungsseminar am 08.12. in Hannover, Kulturzentrum Pavillon, am Hauptbahnhof, am 14.12. in Kirchberg/Jagst, Schloss.
Anmeldungen: rudolf.buntzel@hdb-stiftung.de, oder 0174-1855657



HANDEL VON BAUER ZU BAUER!

Stellen Sie Ihre Erntemengen in die Warenbörse ein!

Nehmen Sie Kontakt zu uns auf:
www.eiweissfutter-aus-niedersachsen.de

05507 9644640

Dieses Projekt wird aus Mitteln des Landes Niedersachsen gefördert

Niedersächsisches Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Ich mach dir den Hof!

Brennpunkt Hofübergabe

06. - 10.12.2016 - 24. Witzenhäuser Konferenz

Fragen, Herausforderungen und Diskussionspunkte im Umfeld der Hofübergabe.

Fachlich betreut wird die Konferenz vom Geschäftsführer von *hofgründer.de* Christian Vieth und dem Studienkoordinator Holger Mittelstraß.

Die Hofübergabe ist in vielerlei Hinsicht ein komplexes Thema, sowohl für die Zukunftsentwicklung der Hof übernehmenden als auch für die Menschen, die ihren Hof weitergeben möchten. Neben den klassischen Diskussionspunkten Finanzierung und rechtliche Umsetzung werden wir uns auch intensiv mit den sozialen Herausforderungen der inner- und außerfamiliären Hofübergabe beschäftigen. Insbesondere werden wir in Form einer Podiumsdiskussion auf die aktuelle politische Lage und die Problematik des „Höfesterbens“ eingehen.

Anmeldung und Information: email: konferenz@wiz.uni-kassel.de,
www.konferenz-witzenhausen.de,
Veranstaltungsort: Große Aula, Nordbahnstraße 1 A, 37213 Witzenhäuser



Veranstaltungen

6. Leguminosentag

23.11.2016, 10 Uhr, Haus Düsse
Vom Acker in den Futtertrog, neue Chancen für Anbau und Verwertung von Leguminosen in NRW.

Haus Düsse, Ostinghausen, Bad Sassendorf, Infos: Tel: 02945-9890

Auf dem Land mobil

25.11.2016, Rahden
Über eine Mitfahrzentrale vernetzte Privat-PKWs, E-bikes und andere Elektrofahrzeuge mit einem guten Netz von Ladestationen, ein preislich attraktiver und flexibler ÖPNV – und alles vernetzt und buchbar über eine Mobilitäts-App vom eigenen Smartphone. Kann so die Mobilität der Zukunft auch in ländlichen Räumen aussehen? Im Workshop werden interessante Ansätze und Beispiele vorgestellt und Erfahrungen aus verschiedenen Regionen mit zukunftsorientierten Mobilitätskonzepten sowie deren Stolpersteine und Hindernisse diskutiert.

Ort: Bahnhof Rahden, Eisenbahnstr. 3, 32369 Rahden. Anmeldung und Rückfragen: Tel.: 0571-807-23140, E-Mail: r.riemenschneider@minden-luebbecke.de, <http://www.zukunftsnetz-mobilitaet.nrw.de/infothek>

Biogas Fortbildung

28.11. - 02.12., Wölpertshausen
IBBK Fachgruppe Biogas GmbH und FnBB e.V. bieten den Qualifizierungskurs „BIOGAS Intensiv

– Prozessbiologie und Anlagensicherheit“ an.

Informationen zum Winterkurs unter www.Biogas-Intensiv.de

TTIP und die Konsequenzen

01.12.2016, 18 Uhr, Berlin
Das 12. Zivildesellschaftliche Außenwirtschaftsforum in Berlin diskutiert zu dem Thema: „Fleisch aus der Region oder vom Weltmarkt – TTIP und die Konsequenzen“.

Anmeldung: grotefeldt@forumue.de
Ort: Landesvertretung Bremen, Hiroshimastr. 24, 10785 Berlin

Konzerne und Saatgut

09.-11.12.2016, Witzenhäuser
Fortbildung für MultiplikatorInnen von FIAN Deutschland e.V. zum Thema: „Saatgut - Konzerne greifen nach unserer Ernährungsgrundlage“.

Information und Anmeldung: <https://www.fian.de/mitmachen/termine/>

AbL Neuseeland

05.12.2016, 20 Uhr, Herrieden
„Endlos grüne Weiden, ein Melkstand und ich!“ Die Referenten Johannes Vogel vom Fachzentrum für Fleischrinderzucht und Mutterkuhhaltung und Marie Schramm aus Merkendorf berichten von ihren Aufenthalten in Neuseeland

Ort: Landgasthof Bergwirt, Schernberg 1, 91567 Herrieden



Landesverband Bayern

Schädigen Pestizide unsere Gesundheit?

In Frankreich ist Morbus Parkinson bei Landwirten als Berufskrankheit anerkannt. Die Ursache: langjähriger Kontakt mit Pestiziden. In Deutschland mussten die wenigen Fälle einer Anerkennung auf gerichtlichem Wege erkämpft werden. Während die öffentliche Debatte von Glyphosat dominiert ist, richten wir an diesem Abend unsere Aufmerksamkeit darauf, dass Glyphosat nicht das einzige Pestizid und Krebs nicht die einzige Erkrankung ist, um die sich Landwirte und Verbraucher Sorgen machen müssen.

Der Toxikologe Dr. Peter Clausing vom Pestizid Aktions-Netzwerk e.V. gibt einen Überblick über den Stand der Dinge.

Termine:

13.12.: 82291 Mammendorf, Jahnweg 11, Bürgerhaus Restaurant zur Sonne
14.12.: 86453 Dasing, Friedbergerstr. 10, Gasthaus Bäckerwirt
05.12.: 89358 Ettenbeuren, Sonnenstr 2, Rittersaal über dem Dorfladen
Beginn jeweils um 19.30 Uhr

Informationen / Veranstalter: AbL, BN, Zivilcourage:

Mammendorf: Eugenie Scherb, BN FFB; 08141/72892;

fuerstenfeldbruck@bund-naturschutz.de

Dasing: Stephan Kreppold, AbL und BN AIC-FDB, 08258/211;

biolandhof-kreppold@web.de

Ettenbeuren: Hubert Krimbacher; ABL und BN Günzburg; 08223/765;

biohof-krimbacher@gmx.de

AbL-Bayern, abl-bayern@web.de; 0821/4540951

Eiweißfutter aus Niedersachsen

29.11.2016, 19.30 Uhr, Cadenberge
Ackerbohnen in die Schweinefütterung

Dr. Gerhard Stalljohann (LWK NRW): „Mit Ackerbohnen mehr Leistung mit Blick auf mehr Nachhaltigkeit erfüttern“

Wilke Claus (DemoNetErBo): „Erfahrungen mit dem Einsatz von Ackerbohnen in der Schweinemast“

Marion Henning (Hamburger Leistungsfutter): „Alternativen in der Schweinemast - sojafreie Fütterung mit heimischen Futtermitteln“

Ort: GastroMarc5, Am Markt 5, 21781 Cadenberge

Die Veranstaltung ist kostenfrei.

Ein Kostenbeitrag für Essen und Getränke kann vor Ort beglichen werden.

info@eiweissfutter-aus-niedersachsen.de

www.eiweissfutter-aus-niedersachsen.de



AbL Fairer Weihnachtsbraten?!

15.12.2016, 19.30 Uhr, Papenburg
Faire Bedingungen für Mensch und Tier in der Land- und Ernährungswirtschaft! Vortrag von Prälat Peter Kossen zu Lebens- und Arbeitsbedingungen in den Schlacht- und Verarbeitungsunternehmen in Süddoldenburg, anschließend Diskussion mit Arnold Krämer, Leiter der Bezirksstelle Emsland der LWK Niedersachsen und Martin Ramschulte, AbL, Schweinehalter aus dem Kreis Borken. Moderation: Ottmar Ilchmann, AbL Niedersachsen

Ort: Kirchengemeinde St. Josef im Vosseberg, Graderweg 66, Papenburg

WIR HABEN ES SATT!

21.01.2017, Berlin

Agrarkonzerne: Finger weg von unserem Essen!

Demonstration: 21.01.2017, 12 Uhr, Potsdamer Platz (Berlin)

Hofübergabe

26.-27.01.2017, Altenkirchen
Fachseminar für Hofübernehmende und Hofübergabende. Bei diesem Workshop lernen Sie, wie Sie vorgehen sollten, damit der Stabwechsel gelingt. Gemeinsam finden wir heraus, welche Schwierigkeiten und emotionale Hindernisse zu überwinden sind und wie Sie zu einer konstruktiven Lösung für die Hofübergabe kommen können.

Anmeldung und Information: <http://www.lja.de/> Tel.: 026 81 / 95 16 - 17, email: diefenbach@lja.de

Zukunft Landwirtschaft

27.-29.01.2017, Kressberg
Symposium „Aufbauende Landwirtschaft – Boden wieder gut machen. Wege zu einer regenerativen Agrarkultur“. Gärtner und Landwirte aus konventionellem und ökologischem Landbau und Menschen, die sich für einen zukunftsfähigen Acker- und Gemüsebau interessieren, sind zu dieser Bildungs- und Austauschplattform eingeladen. Im Mittelpunkt stehen praktische Methoden einer Ressourcen-aufbauenden Landwirtschaft.

Ort: Schloss Tempelhof, Tempelhof 3, 74594 Kressberg, Infos: st.schwarzer@geois.de, Tel: 07957 9239 200, www.lebensraum-permakultur.de



Regionalgruppe Oberland

10.01.2017 - 20.00 Uhr

Was bedeutet Marktwirtschaft für die Landwirtschaft - hier und global gesehen?

Referent: Heiner Flassbeck, Wirtschaftswissenschaftler, 1998 - 1999 Staatssekretär im BFM
2003 - 2012 Chef-Volkswirt bei der UNO Organisation für Welthandel und Entwicklung
Gasthaus Stroblwirt in Oberhausen

Weitere Termine, Treffen und Stammtische unter: www.abl-ev.de/termine und auf den Homepages der Landesverbände!

WIR HABEN AGRARINDUSTRIE SATT!



21. JAN. '17
 POTSDAMER PLATZ
 12 UHR
BERLIN DEMO

Unterstützen Sie durch eine **Diesel-Spende** die Bäuerinnen und Bauern, die mit ihrem Trecker auf die Demo fahren. Gerne nehmen wir Sie als Gegenleistung in unsere Liste der Treckerpaten auf unserer Homepage auf! Eine Mail an braendle@wir-haben-es-satt.de genügt.

Spendenkonto

Empfänger: DNR Umwelt und Entwicklung
 Konto-Nr.: 260 051 81, BLZ: 370 501 98
 IBAN: DE95 3705 0198 0026 0051 81
 Sparkasse Köln-Bonn, Verwendungszweck: WHES Demo 2017 Treckerpatenschaft

WWW.WIR-HABEN-ES-SATT.DE/TRECKER

Impressum *unabhängige Bauernstimme*

Anschrift: Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm
Herausgeber: Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft – Bauernblatt e.V.
Redaktion: Marcus Nürnberger: 02381-492220
 Claudia Schievelbein: 02381-492289
 Christine Weißenberg: 02381-492210
 FAX: 0 23 81/49 22 21, redaktion@bauernstimme.de;
Verlag: ABL Bauernblatt Verlags GmbH, Geschäftsführung: Vera Thiel
Aboverwaltung: Vera Thiel, Tel.: 0 23 81/49 22 88, Fax: 0 23 81/49 22 21, E-Mail: verlag@bauernstimme.de; Internet: www.bauernstimme.de;
Druck: küster-pressedruck, Industriestraße 20, 33689 Bielefeld

AbL Bundeskontakte

Bundesgeschäftsstelle:
 Ulrich Jasper, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053171, Fax: 02381/492221, E-Mail: info@abl-ev.de
Bundesgeschäftsführer: Georg Janßen, c/o Gewerkschaftshaus, Heiligengeiststraße 28, 21335 Lüneburg, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758
junge Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft:
 Kathrin Lindner, 01798433730, Walburger Straße 2, 37213 Witzzenhausen, junge-abl@abl-ev.de
Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze und Nachbaugebühren:
 Georg Janßen, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758; Gerhard Portz, Tel.: 06502/2298; Klaus Buschmeier, Tel.: 05262/3455
Interessengemeinschaft Ostdeutschland:
 Franz-Joachim Bienstein, Tel./Fax: 03841/791273
Netzwerk Bauernhöfe statt Agrarfabriken
 Eckehard Niemann, Tel: 0151-11201634, eckehard.niemann@freenet.de
Netzwerk gentechnikfreie Landwirtschaft:
 Annemarie Volling, Tel.: 04131/400720, Fax: 04131/407758, E-Mail: gentechnikfreie-regionen@abl-ev.de
Internationale Agrarpolitik:
 Berit Thomsen, Tel.: 02381-9053172, thomsen@abl-ev.de
Eiweißfutter aus Niedersachsen
 Anika Berner, Andreas Huhn 05507/9644640, Fax: 05507 - 964 464 2, info@eiweissfutter-aus-niedersachsen.de

AbL Mitgliedsantrag

Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V.

Ich möchte Mitglied in der AbL werden und (Zutreffendes bitte ankreuzen)

- Ich zahle den regulären Mitgliedsbeitrag von 103,00 Euro
- Wir bezahlen den Mitgliedsbeitrag für Ehepaare und Hofgemeinschaften von 138,00 Euro
- Ich bin bereit, als Fördermitglied einen höheren Beitrag von _____ Euro zu zahlen
- Als Kleinbauer, Student, Rentner, Arbeitsloser zahle ich einen Mitgliedsbeitrag von 48,00 Euro
- Ich beantrage als Unterstützer/in einen Mitgliedsbeitrag von 73,00 Euro
- Ich abonniere die Unabhängige Bauernstimme (bitte Coupon Rückseite ausfüllen)

Der Mitgliedsbeitrag erhöht sich jährlich um 2,- Euro, ein Abo der Bauernstimme ist nicht enthalten.

Name, Vorname: _____
 Straße: _____
 PLZ, Wohnort (Landkreis): _____
 Telefon/Fax E-Mail: _____

AbL Landeskontakte

Schleswig-Holstein

Geschäftsführung:
 Berit Thomsen, Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg, 040-397 858, Schleswig-holstein@abl-ev.de

Niedersachsen

Landesverband: Ottmar Ilchmann, Tel.04967-334, o.ilchmann@yahoo.de
Wendland-Ostheide: Martin Schulz, Tel. 05865-988 3-60, neulandhof-schulz@gmx.de
Heide-Weser: Johanna Boese-Hartje, Tel. 04204-689 111, biohof-boese-hartje.t-online.de
Elbe-Weser: Jürgen Rademacher, Tel .u. Fax 04747-931 105, jradem1308@aol.com
Südnds.: Eberhard Prunzel-Ulrich, Tel. 05507-912 85, kaesehof.t-online.de
Weser-Ems: Andrea Sweers, Tel. 0176 - 20812393, andrea.sweers@googlemail.com

Mecklenburg Vorpommern/Brandenburg

Mecklenburg: Helmut Precht, Tel.: 038459 / 31 034; Jochen Fritz, Tel.: 0171 / 82 29 719;
 Franz Joachim Bienstein, Tel.: 0152/54298307; Helmut Peters, Tel.: 038454/20215

Nordrhein-Westfalen

Landesverband: Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053170, Fax: 02381/492221
Gütersloh: Erika Kattenstroth, Tel.: 05241/57069
Tecklenburger Land: Martin Steinmann, Tel.: 05404/5264
Herford: Friedel Gieseler, Tel.: 05221/62575
Köln/Bonn: Bernd Schmitz, Tel.: 02248/4761
Niederrhein: Dorothee Lindenkamp, Tel.: 02064/38421
Gentechnik: Reinhard Fiegenbaum, Tel: 05484/657
Westmünsterland: Martin Ramschulte; Tel.: 02555-430; Fax: 02555-929989

Hessen

Reinhard Nagel, Tel.: 05695-990099, Mobil: 0171-8604799, Bio-Nagel.t-online.de
 Jeannette Lange, Tel.: 05653-91280, Lange.Wellingeroede.t-online.de
 Henrik Maaß, Tel.: Mobil.: 0160/8217015, maass@abl-ev.de
 Peter Hamel, 06630 919013, peter.hamel@web.de

Rheinland-Pfalz und Saarland

Landesverband: Ralf Wey, Maifeldstr. 15, 56332 Moselsürsch, Tel.: 02605/952730, Fax: 02605/952732, e-mail: Ralf.Wey@abl-rlp-saar.de;
 Hans-Joachim Jansson, Tel.: 02626/8613, Fax: 02626/900218; www.abl-rlp-saar.de

Baden-Württemberg

Geschäftsstelle Landesverband: Frieder Thomas; Tel.: 07531 282939-1, thomas@abl-ev.de
Bodensee: Anneliese Schmeh; Tel.: 07553-7529, a.schmeh@hagenweilerhof.de
Oberschwaben: Bärbel Endraß; Tel.:07528-7840, info@biohof-endrass.de

Bayern

Landesverband: Edith Lirsch, Tel: 08562/870; Josef Schmid, Tel: 08742-8039, Fax: 967654
Geschäftsstelle: Andrea Eiter; Neidhartstr. 29 1/2; 86159 Augsburg; Tel: 0821/45 40 951 und 0170/99 134 63; Internet: www.abl-bayern.info; Mail: abl-bayern@web.de
Chiemgau-Inn Salzach: Hubert Hochreiter Tel.: 08679/6782 Fax.:08679/914284, Rita Huber, Tel: 08683-557, huber.aichlberg@gmx.de
Land an Rott und Inn: Margarete Stoiber, Tel. 08536-91091; Konrad Zanklmaier, Tel. 08725-304; e-mail: konrad.zanklmaier@vr-web.de
Allgäu: Elisabeth Waizenegger, Tel: 08330-1413; Herbert Siegel, Tel: 08320-512; abllallgaeu@gmx.de
Oberland: Irene Popp, Tel. 0176-98148203, irene-popp@web.de; Hans Zacherl, Tel: 08146/9127
Landshut-Vilstal: Josef Schmid, Tel.: 08742/8039, e-mail: abl-bayern@web.de
Franken: Isabella Hirsch, Tel: 09852-1846; Gabriel Deinhardt, Tel.: 09194 / 8480
Erding – Ebersberg, Anton Brandl, Tel. 08085 532, brandl-anton@gmx.de; Barbara Greimel Tel. 09090-5791396, bagrei@online.de
Bayerisch-Schwaben, Andrea Eiter, 0170-99 134 63, aeiter@freenet.de; Stephan Kreppold, Tel. 08258/211, biolandhof-kreppold@web.de; Internet: www.abl-bs.de;

Sachsen/Thüringen/Sachsen-Anhalt

Landesverband: Landesgeschäftsführer Reiko Wöllert, mitteldeutschland@abl-ev.de, Tel: 036254/78024; Stephan Kaiser, sphkai@freenet.de (Sachsen); Michael Grolm, Tel: 036450/446889, M.Grolm@gmx.de (Thüringen)
Sachsen Anhalt: Claudia Gerster, Tel: 034465/21005, sonnengut-dietrichsroda.t-online.de
Thüringen: Ulrich Möller, Tel. 0151/15223397, info@peterbachhof.de;
 Frank Neumann, Tel: 036623/23737, berghoffrank@hotmail.de;
 Daniela Kersten, Tel: 036421/23497, mail@kanzlei-kersten.de;

Ich zahle: nach Erhalt der Rechnung per SEPA-Lastschriftmandat
 Gläubiger-ID: DE19ZZZ00000421092
 AbL e.V., Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm
 Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt.

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Bank: _____

BIC: _____

IBAN: _____

Die Mitgliedschaft verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht spätestens 14 Tage vor Ablauf gekündigt wird. Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Bundespost im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die AbL weiterleitet.

Datum: _____ Unterschrift: _____

GEMEINSAM FÜR EINE BÄUERLICH-
ÖKOLOGISCHERE LANDWIRTSCHAFT

**AUF ZUR DEMO
NACH BERLIN!**

**WIR HABEN
ES SATT!**

SA.21.1.2017

**12 UHR
POTSDAMER
PLATZ**



**AUF DIE
TRECKER**

Liebe Bäuerinnen und Bauern,

die tiefe Agrarkrise führt zu einem beschleunigten Höfesterben. Das dürfen wir nicht weiter zulassen. Im Wahljahr 2017 fordern wir eine Agrarpolitik, die konsequent für eine bäuerliche und ökologische Zukunftswirtschaft eintritt. Mit der Zivilgesellschaft als Bündnispartner schaffen wir das. Lasst uns auf der Demo in Berlin mit unseren Traktoren ein starkes politisches Zeichen dafür setzen!

Wir freuen uns auf Euch!

Georg Janßen

Georg Janßen
Arbeitsgemeinschaft
bäuerliche Landwirtschaft

Felix Prinz

Felix Prinz zu Löwenstein
Bund Ökologische
Lebensmittelwirtschaft



Du kannst nicht mit dem Trecker zur Demo kommen?
Dann unterstütze deine Berufskolleginnen und
Berufskollegen und werde Treckerpate!
Alle Infos auf der Homepage.

Anmeldungen und weitere Informationen:

Phillip Brändle

braendle@wir-haben-es-satt.de

Mobil: 0163-9709645, Fax: 04131-407758

WWW.WIR-HABEN-ES-SATT.DE/TRECKER

unabhängige bauernstimme: Führt mit!

Zutreffendes bitte ankreuzen:

- Ich möchte die BAUERNSTIMME abonnieren (41,40 € im Jahr). In begründeten Fällen kann auf jährlichen Antrag für Kleinbauern, -bäuerinnen, Arbeitslose, SchülerInnen und StudentInnen der Abo-Preis auf 30 € gesenkt werden.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum Förderpreis von 60,- € im Jahr.
- Ich möchte die BAUERNSTIMME zum Preis von 16,90 € bzw. 33,40 € für 6 oder 12 Monate verschenken.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum einmaligen Schnupperpreis von 7,50 € für drei Ausgaben (nur gegen Vorkasse: Bar, Scheck, Briefmarken).

Zustelladresse Bei Geschenkabos Adresse des Auftraggebers

Name, Vorname Name, Vorname

Straße Straße

PLZ, Ort PLZ, Ort

evtl. Telefon für Rückfragen email/Fax

Ich zahle:

- nach Erhalt der Rechnung
- per SEPA-Lastschriftmandat

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Bank: _____

BIC: _____

IBAN: _____

Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr (außer bei Geschenkabos), wenn es nicht spätestens vier Wochen vor Ende des Abozeitraums gekündigt wird.

Widerrufsrecht: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

Unterschrift der Abonnetin / des Abonnenten Datum Beruf
(bei Geschenkabos Unterschrift des Auftraggebers)

Bitte senden Sie die Bestellung an: Bauernstimme, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm oder Fax 02381 / 492221